

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau
1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie
incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei-
ten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt
an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung,
Herrenstraße Nr. 20
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertelstündigen
Beitragsschrift 1 Sgr.

Breslauer



Zeitung

N^o. 37.

Freitag den 6. Februar

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Militäres.) — (Kammervorhandlungen.) — (Aus der zweiten Kammer.) — (Parlamentarisches.) — (Zur Tages-
Chronik.) — Köln. (Abreise des Generals Lamoriciere.) — Posen. (Dr. v. Puttkammer. Der Nothstand. Straßenbauten.) — Deutschland. Frankfurt. (Bundestagliches.) — München.
(Zolldebatte.) — Nürnberg. (Eine Ausübung bei dem Militär.) — Stuttgart. (Auflösung der Volksvereine.) — Altenburg. (Das hannoversche Königspaar.) — Hannover. (Preß-
gesetz. Erhaltung der Nordseeflotte. Septembervertrag.) — Hamburg. (Oesterreichs Pläne in Bezug auf Hamburg.) — Wiesbaden. (Deutschkatholisches. Wunderknebe.) — Hamburg.
(Schleswig-Holsteinisches. Dänisches.) — Oesterreich. Wien. (Reform der Marineverwaltung.) — (Tagesbericht.) — Italien. Florenz. (Abdankungsgerüchte. Zwei päpstliche Kongrega-
tionen.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — Spanien. Madrid. (Geldnoth und Geldspeculation.) — Großbritannien. London. (Das Ministerium. Rossuth. Die Vertheiligungs-
frage. Vermischtes.) — Dublin. (Die außerordentlichen Wahlen.) — Niederlande. Haag. (Eine französische Prästension.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Festtag der Tafelrunde.)
— (Verein für Kleinkinder-Bewahranstalten.) — (Der humoristische Sänger Frey.) — (Polizeiliche Nachrichten.) — (Central-Auswanderungsverein.) — (Stadtath Barnke f.) — Aus dem
Riesengebirge. (Dortige Zustände. Noth.) — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Breslau. (Branisch'sche Vorlesungen.) — Glogau. (Mendelssohns Antigone.) — Gesetzgebung,
Verwaltung und Rechtspflege. (Das Geständniß im Strasprozeß.) — (Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.) — (Kleine Nachrichten.) — Handel, Gewerbe und Acker-
bau. (Durchschnitts-Marktpreise zu Breslau während des Januar.) — Berlin. (Patent.) — (Oesterreichische Valuten-Verhältnisse.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner, seltener und
londoner Markt.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 4. Februar. Der Moniteur bringt ein Dekret über Wahlbezirks-
bestimmung, so wie Ernennungen in der Marine. Fünf Departements wählen
je einen, 27 zwei, 30 drei, 16 vier, 5 fünf, Unter-Seine sechs, Nord acht,
Seine 9 Abgeordnete. 5 pSt. 103, 30. 3 pSt. 65, 25.

London, 4. Februar. Im Parlament erklärt Russell, er habe deshalb
zur Entlassung Palmerstons gerathen, weil derselbe dem französischen Ge-
sanden gegenüber den Staatsstreich gebilligt, ohne die Krone zu konsultiren.
Palmerston antwortet: Die Unterredung mit Walewsky sei wahr, aber ohne
allen offiziellen Charakter. Das Adressprojekt wird einstimmig adoptirt.

Telegraphische Nachrichten.

Lissa (in Dalmatien), 28. Jan. Heute liefen hier die Fregatten Novara,
mit der Admiralitätsflagge, Venus mit Sr. K. K. Hoheit dem Erz-
herzoge Ferdinand Max am Bord, die Korvette Diana, die Brigg Husar und
die Golette Elisabeth ein. Am 26. lagen in Toplabay die Korvette Carolina,
die Brigg Pylades und der Kriegsdampfer Lucia.

Turin, 31. Januar. Der Senat hat die Budgets des Unterrichts-
Handels-, Ackerbau- und Arbeitsministeriums, so wie den Gesetzentwurf zur
Regelung des Kassationshofes angenommen.

Genua, 31. Januar. Die Masken sind für den Carneval verboten.

Breslau, 5. Februar.

Wer sich der lebhaften Mißstimmung noch erinnert, welche die Schöpfung der
Herrenkurie des vereinigten Landtages in der großen Masse unsers Adels hervorrief,
wird durch die Schärfe und Heftigkeit der Polemik nicht überrascht sein, mit der die
Kreuzzeitung seit einigen Wochen die Entwürfe des Ministeriums in Betreff einer neuen
Pairie bekämpft.

Dieselben Ursachen, welche damals jene weit verbreitete Mißstimmung erweckten,
liegen auch jetzt noch dieser Polemik zu Grunde. Die Kreuzzeitung versteht in diesem
Streit nicht die Interessen der Krone oder des Landes, sondern einzig und allein die
ihrer eigenen Patrone. Sie kämpft für die Ritterschaft gegen die Pairie, weil die Führer der
ersten jetzt wie damals sehr richtig erkennen, daß die ganze politische und sociale Stel-
lung des bisherigen Adels verändert wird, wenn wirklich politische Pairs sich über ihn
erheben, und zu einer durch die Verfassung selbst anerkannten politischen Macht im
Landes werden sollten. Denn neben den erblichen Pairs könnte sich der übrige Adel
nicht lange mehr auf gleicher Linie behaupten. Was jene an Ansehen und Einfluß
gewinnen, würde dieser verlieren, und mit dem „Funkerthum“ ginge es vollends
zu Ende.

Von dieser Gefahr ward die Kreuzritterschaft durch die Beseitigung des vereinigten
Landtages befreit, mit welchem zugleich auch die Herrenkurie ihr kurzes Leben beschloß.
Aber die Krone hatte den Gedanken des 3. Februar 1847 nicht aufgegeben, sondern
der Ungunst der Zeitverhältnisse gegenüber ihn nur vertagt. Zwar verwarfen bei der
ersten Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848 beide Kammern die erbliche
Pairie, die Krone aber ließ auch nach diesem Votum ihren Gedanken nicht fallen. Sie
trat mit ihm in der Vorschau vom 7. Januar 1850 von neuem hervor, und fand,
obwohl sie den erblichen Pairs nun auch gewählte zugesellen wollte, dennoch derselben
Widerstand von derselben Seite. Die Antipathien gegen die erbliche Pairie traten
wieder nicht nur im Bürgerstande, sondern auch unter der Masse des Adels hervor,
und zeigten sich bei diesem noch stärker als bei jenem. Es entbrannte namentlich in
der ersten Kammer ein heftiger Kampf, und in diesem siegte der Adel.

Der Vorschlag des Grafen Jähnitz, die Zahl der Wahl-Pairs von 60 auf 90
zu vermehren, welche aus der Wahl der höchstbesteuerten Grundbesitzer hervorgehen,
sind mit einer Modification, welche an die Stelle der höchstbesteuerten Grundbesitzer
alle diejenigen setzte, welche die höchsten direkten Staatssteuern bezahlen, den Beifall
der Kammer, und ward durch die schließliche Genehmigung der Krone in den § 65
der Verfassung vom 31. Januar 1850 aufgenommen. Sein Sinn und sein Gewicht
sind vollkommen klar. Nicht die erblichen oder auf Lebenszeit von der Krone ernannten Pairs
sollen das Scepter im Oberhause führen, sondern der ritterschaftliche Adel, in dessen
Händen überwiegend die Wahl jener 90 liegen wird. Zu seinen Gunsten allein ist die
Zahl der erblichen Pairs beschränkt worden, denn eine feste Phalanx von 90 Stimmen,

welche mit wenigen Ausnahmen alle aus einem Stande hervorgehen, wird auch ein
Interesse verfolgen und kann auf dauernde Siege in dieser Kammer rechnen!

Kein Wunder daher, daß die Kreuzzeitung jetzt den § 65 der Verfassung, wie eine
Löwin ihr Junges vertheidigt. Alle übrigen Artikel der „breitgestempelten Charte Wal-
deck“ giebt sie der Revision preis, aber in Betreff des § 65 erscheint ihr „nichts be-
denklicher“, als eine „beschworene Bestimmung der Verfassung wieder hinwegzuthun,
ohne auch nur einmal den Versuch gemacht zu haben, wie sich dieselbe in der Praxis
gestaltet.“ Ja, sie geht so weit, an die arbeitenden Klassen und an die „wachsende Noth“
zu erinnern, um die Regierung wie die Kammern von der Beschäftigung mit der
„künftigen Zusammenfassung der ersten Kammer“ abzumahnern und abzulenken.

Wir unsererseits, wir haben noch heute über diese Frage dieselbe Ansicht, zu der
wir uns am 11. April 1847 und am 13. Januar 1850 in dieser Zeitung bekannten.

Uns kommt es bei einer Pairie vor allem auf die Unabhängigkeit der Pairs nach
oben wie unten an. Sie sollen nicht eine Stütze der Ministerien, sondern der Krone
sein, und werden diese nur stützen, wenn sie vollkommen unabhängig und selbstständig,
und vor allem keine reine „Faherren“ sind. Wer einen andern stützen soll, muß seine
Kraft in sich selbst tragen, aber sie nicht erst von dem empfangen, der gestützt sein will, und
es entspricht nur dieser allgemeinen Wahrheit, daß noch keine Krone in der Welt von
einer Pairie in Wahrheit gestützt worden ist, welche durch die Krone allein geschaffen,
jeder eigenen Kraft, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nach oben entbehrt.

Von diesem Gesichtspunkte aus erklärten wir uns schon bei Gelegenheit der Bot-
schaft vom 7. Januar 1850 gegen jede Vermischung von Erbpairs und Wahlpairs.
Wir sagten: „Pairs, welche mit Wahlmitgliebern in einer Kammer sitzen, sind gar
keine politische Macht mehr, sondern erscheinen darin nur als persönlich Privilegirte.
Es ist durch sie die Kraft, welche die erste Kammer, sei es als reine Wahlkammer,
oder als reine Erbammer zu entwickeln vermöchte, lediglich abgeschwächt und das ist
wahrlich keine Verbesserung unserer Verfassung.“ — Nur unsere Ueber-Konservativen
können in jeder Schwächung der Kammern einen Zuwachs an Stärke der Regierung
sehen. Sie sind aber in einem ungeheuren Irrthum! Im konstitutionellen Staat ist
Schwächung des parlamentarischen Elements Schwächung des ganzen Staats und folg-
lich auch seiner Regierung. Nur an Gewalt kann dadurch die Regierung zunehmen,
aber Gewalt ist nicht Stärke. Der Absolutismus ist sicherlich eine herzlich schlechte
Staatsform; es giebt aber noch eine schlechtere, die schein-konstitutionelle, denn diese
ist nothwendig schwach nach innen und nach außen, wie jede Lüge.

Aus denselben Gründen halten wir auch den neuen Hefter-Mätkeschen Antrag für
um nichts besser, der erbliche Pairs allein mit lebenslänglichen statt der Gewählten des
§ 65 zu vermischen rath. Die Bürokratie, aus deren Reihen nach diesem Vorschlage
die lebenslänglichen Pairs wohl hervorgehen sollen, entbehrt jeder eigenen Macht, und wir
sehen nicht ab, welche Garantie Präsidenten und Generale für ihre Unabhängigkeit und
Selbstständigkeit nach oben zu bieten vermögen!

Kann oder will man daher keine reine erbliche Pairie haben, so lasse man über-
haupt den Gedanken an eine Pairie ganz fallen. Sie hat ohnedies nur geringe Sym-
pathien im Lande, und den Preis, durch welchen allein die Antipathien gegen sie viel-
leicht zu versöhnen wären, d. i. die Gewährung des unbedingten jährlichen Steuerbewil-
lungsrechts an die zweite Kammer, diesen Preis wird die Regierung schwerlich ein-
zusetzen geneigt sein.

Politische Kunstleien helfen zu nichts; zu einem gesunden politischen Leben und
Wirken ist nur entweder eine rein erbliche Pairie, oder eine erste Kammer befähigt,
welche mit allen ihren Gliedern aus der Wahl hervorgeht. Die Wahl schließt den
Adel nicht aus. Auch er wird durch sie seine Stelle schon finden, falls er nur dem Bei-
spiel jener alten römischen Aristokratie folgt, von der Sallust uns erzählt, daß sie nicht
durch Reichthümer oder durch Stolz, sondern durch tüchtige Thaten und guten Ruf
den Bürgern voranschritt!

Breslau, 5. Febr. [Zur Situation.] In Frankreich, England und in
Preußen ist man jetzt damit beschäftigt, den Konstitutionalismus weiter „auszubil-
den.“ In Frankreich verquickt man ihn mit dem Cäsarismus und „Napoleonischen
Ideen.“ Man schafft eine kaiserliche Demokratie. Aus dieser Ehe ist ein höchst frei-
sinniges Wahlgesez entstanden, dessen Hauptbestimmungen uns die gestern bekannt
gemachte telegraphische Depesche mittheilte. Indessen ist dafür gesorgt, daß diese Frei-
sinnigkeit den „Napoleonischen Ideen“ nicht in die Quere komme; denn die auf Grund

eines solchen höchst freisinnigen Wahlgesetzes ernannten Deputirten haben wenig oder gar nichts zu sagen.

In England, von dessen Institutionen anderwärts nur die nachgeahmt werden, die man an ihrem Ursprungsort als veraltete oder mißbräuchliche erkannt hat, strebt man nach immer weiterer Ausdehnung des Wahlrechts und Lord Russell wird sich genöthigt sehen, in allem Ernst die Initiative zu ergreifen. In allem Ernst — Mindestens versichert uns heut das ministerielle Wochenblatt Observer, daß das, was die Times jüngst als den wahrscheinlichen Umriß und Inhalt der zu erwartenden Bill zum Besten gab, nur eine Karikatur derselben gewesen sei.

Es werden mehrere Burgstellen, deren Fäulniß zum Himmel stinke, die Vertretung verlieren, viele andere sie gewinnen. Die Erweiterung des Wahlrechts werde die 17,000 Wähler von Marylebone zu 25,000 vermehren; dies diene als Beispiel und Maßstab. Die 7jährige Dauer der Parlamente sei ohnedies praktisch nur nominell; eine kürzere legale Frist daher wünschenswerth. Was dagegen die Kugelung betrifft, so herrsche darüber unter den Reformers selbst Uneinigkeit; das Gefühl der Majorität sträube sich noch immer gegen „die unenglische und duckmäuserige (Sneaking) Manier, eine öffentliche Pflicht zu erfüllen.“ Keineswegs dürfe die Kugelung Zwang sein.

Der gouv.mentale Constitutionalismus in Preußen sucht wieder nach etwas ganz Apatem! Klassenwahlen, hoher Censur u. s. w. genügt nicht; eben so wenig will es mit dem ständischen Prinzipie recht fort. Die Projekte tauchen zu Duzenden auf. Indes beschränkten sie sich bisher nur auf die Neubildung der ersten Kammer; heute aber überrascht uns die Sp. Z. mit der Nachricht, daß man es jetzt auch auf die zweite Kammer abgesehen habe und daß man ein System im Auge habe, welches sich durch seine Einfachheit dermaßen empfiehlt, daß bei dessen Annahme auch jede absolute Regierung ohne alle Gefährde sich eine Landes-Repräsentation anschaffen könnte.

Die sog. „Volks-Repräsentanten“ sollen nämlich künftig — so proponirt man — von der Regierung bestellt werden. Wenigstens würde der vorgeschlagene Wahlmodus denselben Effekt haben, als wenn die Repräsentanten ohne Weiteres von der Regierung ernannt würden.

Inzwischen setzt die zweite Kammer die Budgetberathung, die erste Kammer die Diskussion des Kommissionsberichts über den Gesetz-Entwurf, betreffend den Diebstahl an Holz etc. fort.

Die wiener Zollkonferenz und das Verhalten einiger dort vertretenen Regierungen hat bekanntlich Befürchtungen für den Zollverein erweckt. Heute läßt sich das C. B. darüber folgendermaßen aus:

Der Zoll- und Handelskongress in Wien und die Stellung der Zollvereinsstaaten auf demselben werden meist sehr unrichtig beurtheilt, indem nur zu häufig von der unrichtigen Voraussetzung ausgegangen wird, daß die früher Preußen in politischer Beziehung nicht freundlich zugehörten Regierungen auch jetzt à tout prix in der Handelsfrage gegen den Zollverein auftreten. Wir vermögen, so weit wir unterrichtet sind, dies nur von einer Regierung, der kurbessischen, zuzugeben. Das mit den preuß. Ansichten nicht korrespondierende Auftreten Sachsens hat weniger in politischen als in wirklichen der Handelsfrage selbst entnommenen Motiven seinen Ursprung. — Was Baiern, den größten Zollverbündeten Preußens anlangt, so giebt dessen Erklärung in Wien keinerlei Grund zu der Annahme eines Austritts aus der Zollverbindung, der es bisher angehört. Umgekehrt lassen Aeußerungen der bayerischen Regierung auf ein festes Verharren beim Zollverein schließen, namentlich aber ist die in dieser Beziehung hier wohlbekannte, dem Zollverein sehr geneigte Ansicht des Königs Mar eine feste Bürgschaft. — Die Annahme einer Opposition Baierns gegen den Zollverein entspringt ganz insbesondere der unrichtigen Behauptung einer unfreundlichen politischen Stellung zwischen hier und München, während diese früher allerdings existirte, jetzt beseitigt ist.

Die R. Pr. Z. sagt über denselben Gegenstand: Die Haltung Baierns und Württembergs auf dem Zollkongresse in Wien und die daraus gezogenen Folgerungen auf deren künftiges Verhältniß zum Zollverein sind Gegenstand des Hoffens und Furchtens der gesammten deutschen Presse. Wir wollen nicht zurückhalten mit dem, was wir wissen und was wir meinen. Alle Erklärungen, welche Baiern und Württemberg in Wien abgegeben, haben durchaus nichts Bindendes, selbst wenn sie so klingen. Sie sind stets mit allem möglichen Vorbehalte abgegeben und folgen immer einer am Tage vorher zu Protokoll gegebenen Erklärung, daß der Bevollmächtigte von ganzem Herzen zustimme, aber nicht wisse, ob seine Regierung seine Meinung theile. Dies Verhalten der süddeutschen Bevollmächtigten in Wien hat unzweifelhaft nur zum Zweck, das Gewicht der betreffenden Staaten auf dem demnächst hier zu eröffnenden Zollvereins-Kongress zu erhöhen. Man wird sich hier so zu sagen kostbar zu machen suchen durch die Behauptung, in Wien gebunden zu sein. Wie es scheint, hat dies Verhalten der süddeutschen Staaten aber nicht viel Aussicht auf Erfolg. Wir hören vielmehr, daß die diesseitige Regierung nicht gemeint ist, Jemanden, der sich sperrt, am Zollverein festzuhalten.

Preußen.

Berlin, 4. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Polizeipräsidenten v. Hinkeldey hieselbst, den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Polizei-Sekretär v. Hagen in Stettin den Charakter als Polizeirath; so wie den Landschafts-Rendanten Wilhelm Otto Kahle zu Breslau und Anton Riemer zu Ratibor den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; und die bisherigen Regierungs-Affessoren v. Neefe und v. Heydenbrand zu Landrathen zu ernennen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. 19te Sitzung.

Anfang: 11 Uhr. Vorsitzender: Graf Rittberg. Am Ministerische: Die Regier.-Kommiss. Baumeister, Fischer, v. Schönfeld.

Nach Genehmigung des Protokolls fährt die Kammer in der gestern abgebrochenen Diskussion des Kommiss.-Berichts über den Gesetz-Entwurf, betreffend den Diebstahl an Holz und andern Waldprodukten, fort. Einzelne Verbesserungs-Anträge waren die des Abg. Rißler zum § 4, 10, 16, 17, der des Abg. v. Hertefeld zum § 2, des Grafen Luckner zu § 4, werden angenommen. Der Verbesserungs-Antrag des Abg. Rißler zu § 29, die Einführung des Mandats-Verfahrens gegen Polizeidiebe bezweckend, wird auf den Antrag des Abg. v. Zander in die Justiz-Kommission zur genaueren nochmaligen Erwägung gewiesen. Im Uebrigen wurden die einzelnen Paragraphen des Gesetz-Entwurfes entweder unverändert oder in der Fassung der Kommission angenommen. — Sonnabend nächste Sitzung.

Zweite Kammer. Sitzung vom 4. Februar.

Der Minister des Innern überreicht eine Denkschrift, betreffend die Verfassung der Provinziallandtage. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über den Etat des Justizministeriums. Bei der Position über die Gerichtskosten bemerkt der Justizminister, daß die Feststellung der Gemeindeverhältnisse zu manchen Erparnissen führen werde, wenn auch nicht in so hohem Maße, wie man von Einrichtung der Schiedsgerichte erwarte. Bessler hofft mehr von Gemeindegerichten, als von Schiedsgerichten, womit der Justizminister sich nicht einverstanden erklären kann. — v. Vincke monirt die Aussterbegehälter bei den Appellationsgerichten und beantragt: der Kommission eine Aufstellung hierüber aufzugeben. Der Justizminister verspricht, den desiderirten Aufschluß in der nächsten Sitzung zu geben. — Die Erhöhung der Besoldungen der Oberstaatsanwälte, welche die Regierung vorschlägt, giebt Classen zu der Bemerkung Anlaß, daß eine Vermehrung der Geschäfte eines Beamten noch nicht eine Erhöhung der Besoldung rechtfertige. Der Justizminister macht auf die amtliche und gesellschaftliche Stellung der Oberstaatsanwälte aufmerksam. — Reichensperger weist darauf hin, daß Staatsanwälte zur Disposition gestellt werden können. Classen stellt den Antrag: die zur Erhöhung der Gehälter geordnete Summe von 800 Thlr. abzusehen. — Geppert erklärt sich gegen den Antrag. — v. Vincke bemerkt: daß die Staatsanwälte zur Disposition gestellt werden können, beruhe auf einer von der Kammer noch nicht genehmigten Verordnung. Die Erhöhung wird bewilligt. — v. Vincke hält eine Verminderung der Zahl der Räte bei den Obergerichten für zulässig und vermißt das schon in der vorigen Session in Aussicht gestellte Gesetz über die Justizorganisation. — Der Justizminister erklärt: die Organisation sei noch nicht abgeschlossen, ein Gesetz noch nicht vorbereitet, die Arbeiten der Obergerichtsräthe hätten sich nicht vermindert, und es müsse denselben mehr Gelegenheit und Mühe gegeben werden, die Wissenschaft zu kultiviren. — v. Vincke ist durch diese Erklärungen im Ganzen befriedigt und hofft, daß der Justizminister die beregte Organisation nicht aus den Augen verlieren werde. Es folgt die Berathung über den für sämtliche Untergerichte ausgeworfenen Etat. — Wenzel, der zu dem Kommissionsantrage ein Amendement gestellt, will in jenem mehr sehen, als darin zu liegen scheint, nämlich ein erstes Traillirungsgefecht gegen die Schwurgerichte. Die Mehrtheil der jetzigen Kriminalgerichtsverwaltung giebt er zu, sie lassen sich aber erklären, z. B. auch durch die Uebernahme der Kosten, welche sonst die Patrimonialgerichtsbarkeiten zu bezahlen hatten (im Bez. Ratibor allein über 100,000 Thlr.). Den vom finanziellen Standpunkte aus gerichteten Angriff gegen die Schwurgerichte will er nicht in dem mythischen Dunkel lassen, in das er gestellt, sondern offen untersuchen. Er freut sich, mit voller Ueberzeugung die Hoffnung ausdrücken zu können, alle Bestrebungen gegen die Schwurgerichte an der Festigkeit des Mannes scheitern zu sehen, der jetzt an der Spitze unserer Justizverwaltung steht und aus eigener Erfahrung das Wesen der Schwurgerichte besser kennt als irgend Jemand, der durch eine Privorette des Schicksals aus einer der alten Provinzen in jene versetzt ist, wo das Institut der Schwurgerichte seit vielen Jahren Wurzel geschlagen hat. Auch er wolle eine Untersuchung und Darlegung der durch die Schwurgerichte herbeigeführten Kosten, wie die Kommission, aber in der Ueberzeugung, daß sich daraus ein für das Institut günstiges Resultat ergeben werde. Sollte eine Zusammenstellung des Materials, dessen Erreichung sein Antrag bezwecke, unmöglich sein, so zerlasse sein Antrag in sich selbst, aber auch der der Kommission. — Der Justizminister erklärt diese Zusammenstellung, wenn nicht für unmöglich, so doch wenigstens sehr schwierig. Er weist dies durch faktische Beispiele nach. Er empfiehlt deshalb die Ablehnung sowohl des Wenzelschen als auch des Kommissions-Antrages. — Wenzel zieht hierauf seinen Antrag zurück; Kleis-Regow nimmt denselben wieder auf; der Referent vertheidigt den Kommissions-Antrag. Beide Anträge werden hierauf verworfen und der Etat genehmigt. Die extraordinären einmaligen Ausgaben werden mit 212,120 Thlr. genehmigt. Ein Kommissions-Antrag über die Befestigung der Ueberfüllung der gerichtlichen Gefängnisse wird verworfen. Bei der für die Besoldung der Hilfsarbeiter beim Ober-Tribunal ausgeworfenen Summe (6000 Thlr.) spricht Bessler gegen das Institut der Hilfsarbeiter beim Ober-Tribunal und will bloß in Ansicht des erwarteten Gegenwärtigen über die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe keinen Antrag stellen. Der Justizminister rechtfertigt den Antrag durch die Bemerkung, daß gegenwärtig beim Ober-Tribunal kein Hilfsarbeiter sich befinde, der nicht in die Kategorie der Kammer- und Ober-Appellationsgerichtsräthe gehöre, also die Würde des Gerichtshofes, welche der Vorredner gefährdet glaube, gewahrt sei. Gegenwärtig seien Hilfsarbeiter aber durchaus nöthig, theils zur Vertretung der beurlaubten Mitglieder des Gerichts, theils der in den Kammern thätigen. Nach einer Erwiderung Besslers und einer kurzen Diskussion von Kleis-Regow und Vincke werden die Positionen des Justiz-Etats sämtlich genehmigt. — Es folgt der Kommissions-Bericht über zwei Petitionen von Privaten, über die zur Tagesordnung geschritten wird. — Hierauf Bericht über die Verwaltung der Domänen, Forsten und direkten Steuern, dessen Positionen angenommen werden. Bei den Meliorationen an der Brabe und dem Schwarzwasser beantragt v. Vincke die Position zu streichen, bis man sich von der Rentabilität jener Anlagen überzeugt habe, zieht aber seinen Antrag nach einigen sächlichen Mittheilungen des Regierungs-Kommissarius Wehrmann zurück. Darauf werden die Einnahmen der Centralverwaltung der Domänen und Forsten, so wie auch der Etat der direkten Steuern und der Grundsteuern genehmigt. — Harfört stellt einen Antrag auf baldige Vorlage des Grundsteuergesetzes; der Finanzminister erklärt, daß die Regierung ersichtlich mit dem Entwurfe beschäftigt sei und ihn bald vorzulegen hoffe. — Classen verweist auf die wiederholten Versprechungen der früheren Finanzminister und beschuldigt die Kommission (unter starkem Murren der Rechten) wegen der Nichtvornahme dieses wichtigen Gegenstandes einer Vernachlässigung ihrer Pflichten. Der Harfört'sche Antrag wird mit 125 gegen 122 Stimmen verworfen. Bei der hierauf beantragten namentlicher Abstimmung wird er mit 134 gegen 119 Stimmen angenommen. — Sodann wird der Etat der klassifizirten Einkommensteuer und der Klassensteuer genehmigt. — In Betreff der Gewerbesteuer beantragt die Kommission, der Regierung zur Erwägung anheim zu geben, ob eine Revision der Gewerbesteuergegebung nöthig geworden sei. Für eine solche sprechen im Interesse der kleinen städtischen Handwerker Grenzberger und Milde, dessen hierauf bezüglicher Antrag angenommen wird. — Einflüßlich der sogenannten Mennonitensteuer wünscht v. Beckerath von der Regierung zu wissen, wann die von einem früheren Finanzminister versprochene gesetzliche Aufhebung derselben zu erwarten sei. Der Ministerpräsident erklärt, das dies hoffentlich noch in dieser Sitzungsperiode geschehen werde. (Schluß 4 1/2 Uhr.)

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Budgetberichte.

+++ Berlin, 4. Februar. [Aus der zweiten Kammer.] Wenn wir das parlamentarische Leben recht verstehen, so sind die Kammern die Organe des Volkes, um dessen Bedürfnisse in der innern Verwaltung, die politische Meinung nach außen, seine Uebereinstimmung, oder abweichende Ansicht, in Betreff der Maßregeln der Regierung auszusprechen. Wer Recht oder Unrecht habe, bleibe hier außer Frage, genug die Kammern sind das Wetterglas des Staats. Ein kluger Landmann pflegt jeden Morgen nach dem Barometer zu sehen, und beim niedrigen Stande mährt er kein Gras, sondern sucht das trockene Heu einzubringen. Der Barometer hat dem Bauer nichts zu befehlen und dennoch richtet sich derselbe nach ihm; er giebt dem Glase auch keine Stöße, wenn es Sturm und Regen prophezeit, denn dadurch könnte es außer Ordnung kommen. Es ist überhaupt gut, wenn man die Dinge nie auf den Kopf stellt, sondern in ihrer natürlichen Lage läßt. In den Kammern sitzen nun die Abgeordneten auf verschiedenen Bänken. Einige halten sich zu den Polen, andere zu den Ultramontanen, ein Theil zum Adel, ein Viertel macht die Opposition und der Fünfte setzt sich in die Region der behaglichen Mitte, wo er es mit Niemand verdirbt; hier ist das Hauptquartier derer, denen es auf den anderen Bänken zu gefährlich erscheint.

Wenn nun abgestimmt ist, so hat die Regierung die Meinung des Landes, wenn anders die rechten Leute gewählt sind, und Niemand in seiner Abstimmung bedroht wird. Diese beiden Punkte sind unbedingt genau zu berücksichtigen, oder das Wetterglas ist falsch, betrügt seinen Herrn und verwirrt die Wirtschaft. Das Uebel fängt bereits bei den Wahlen an. Viele Wahlmänner versäumen ihre Pflicht, sie erscheinen am Wahltag nicht und es gelingt Wenigen, ihre Parteianfichten durchzusetzen; der rechte Vote ist also nicht in die Kammer gekommen.

Kommt der Mann in die Kammer, so ist die zweite Frage: ob er ohne Furcht seine Meinung sagen darf? Von der Menge der unabhängigen Stimmen hängt eigentlich der richtige Durchschnitt ab. Hier scheint es uns, als befolge die Regierung nicht den passenden Weg, sie bringt das Wetterglas in Unordnung und zwar in folgender Weise.

Erstens befördert sie die Leute ihrer Partei unmittelbar aus den Kammern zu Aemtern, und die Folge ist hier wie anderwärts, daß sich Alle dorthin zu setzen bestreben, die gerne etwas werden wollen. Es ist gar zu bequem, wenn man durch Aufsteigen oder Sibenbleiben eine warme Stelle erwerben kann.

Zweitens werden Beamte, welche gegen die Regierung stimmen, zur Disposition gestellt, gleich wie die Landräthe Deltus und Hilgers; aus diesem Grunde legen Viele nieder.

Untersuchen wir nun unsern politischen Barometer und machen aufmerksam auf seine Fehler.

In der zweiten Kammer sitzen ungefähr 207 bezahlte Beamte und 129 unbefohlene Männer. Wenn nun diese 207 mit der Regierung stimmen, so ist das Quetzfieber eingefroren und es deutet der Zeiger stets den Willen des Ministeriums an und nicht die Meinung des Landes; das Instrument verfehlt seinen Zweck.

Hat die Regierung das Recht, zu den Beamten zu sagen: „wer nicht für mich ist, der ist wider mich;“ so mag sie es üben. Dann müssen die Wähler einen anderen Weg einschlagen, und nicht so viele Beamte in die Kammern schicken. Entweder schaffe man ein gutes Wetterglas, oder die Regierung und die Nation gerathen einst unermüdet in Hagelschlag und Plagregen.

Die Wähler verkennen offenbar die Wichtigkeit der Kammern, denn wenn diese auch nichts weiter leisten könnten, als wie mögliche Willkür, Mißbräuche, Nothbedürfnisse und Uebelstände in den Provinzen zur Sprache zu bringen, so wäre der Vortheil schon sehr groß.

Deshalb ermahnen wir die Wahlmänner, stets bei der Hand zu sein, und ihre Augen auf brave unabhängige Männer zu richten, welche mit dem Bedürfnis der Mehrzahl vertraut sind. Die Bank, wo sie sitzen wollen, mögen diese nach ihrem Gewissen, allein nicht aus Furcht oder Nebenrücksichten, wählen.

Wir hoffen schließlich, daß der Sinn für Gemeinwohl erstarken werde und sich nicht so viele tüchtige begabte Männer von der Kandidatur ausschließen, sondern dem Lande und ihren Mitbürgern ein Opfer bringen. Die Befähigten, welche daheim bleiben, um den eigenen Kohl zu bauen, tragen einen Theil der Schuld, wenn die Regierung über manche Dinge einseitig unterrichtet ist.

Berlin, 4. Febr. [Parlamentarisches.] Aus den Kreisen Dramburg, Schivelbein, Belgard und Neustettin in von 24 Rittergutsbesitzern, unter denen vier v. Manteuffel und vier v. Kleist sich befinden, der Kammer eine Petition eingesandt worden, in der die Petenten sich darüber beschweren, daß die neuen Regierungsvorlagen über die Gemeindeordnung, nach glücklicher Beseitigung des Prinzips der Koppwahl, eine „durch und durch demokratische“ Centralisierungsintendenz verriethen, wie sie von der Regierung durchaus nicht zu erwarten gewesen. Sie parallelisirten die durch die neuen Vorlagen bezwachten Einrichtungen mit den französischen; die von dem Landrath ernannten Schulzen entsprächen den Maires, die von der Regierung eingesetzten Amtmänner den Unterpräfekten; die Landräthe, die nicht mehr wie früher von den Kreisständen erwählt wurden, gleichen den französischen Präfekten u. s. f. Solche Einrichtungen wären gegen alle alte Sitte und Herkommen, und durch kein Bedürfnis geboten. Die Petenten erluden die Kammer, jene centralisierende Tendenz zu beseitigen und die alten Rechte wieder herzustellen.

Die Sp. 3. bringt in ihrer heutigen Nummer folgende mehr als seltsame Mittheilung: „Die Verhandlungen über die Bildung der ersten Kammer sind wiederholt Gegenstand unserer Mittheilungen gewesen. Weniger bekannt möchte es sein, daß sich in höheren Kreisen jetzt die Aufmerksamkeit auch der Frage über die Bildung der zweiten Kammer zuwendet. Das gegenwärtige Wahlgesetz stellt das Wahlrecht als ein freiwilliges Recht ohne eine entsprechende Pflicht hin. Ein Zwang zur Wahl möchte ebenso ungewiss als unausführbar erscheinen. Indem aber die Wähler sich in beliebiger Anzahl der Wahl enthalten, geben sie dieselbe in die Hände einer unbekanten Minderheit, die häufig durch Völlzug der Wahl bewirkt, daß statt der politischen Meinung des Wahlbezirks das Gegenheil vertreten wird. Die Grundsätze, die bei der Neubildung der ersten Kammer maßgebend sein möchten, haben in ihrer Konsequenz den Vorschlag hervorgerufen, das Wahlgesetz zu der zweiten Kammer dahin abzuändern, daß Se. M. der König in jedem Wahlbezirk geraume Zeit vor der Wahl durch die Regierung einen Kandidaten bestimmen läßt, der Abgeordneter wird, wenn die Mehrheit der Wähler nicht einen anderen Abgeordneten ernannt. Es werden natürlich vor Allem die näheren Mittheilungen abzuwarten sein, welche die Sp. 3. über diesen wunderbaren Vorschlag zu bringen verspricht. Dasselbe Blatt berichtet über eine neue in „engen Kreisen verbreitete“ (nicht aus der Deckerschen Offizin hervorgegangene) Druckschrift, welche die Bildung eines, an die Stelle der ersten Kammer zu setzenden Senats zum Gegenstande hat und als Antwort auf mehrere verhandelte „Fragen“ die Aufgabe der repräsentativen Gewalt in der Bildung eines solchen Senats gelöst sieht. Sie schlägt eine achttheilige Zusammensetzung vor: 1) wird den volljährigen Prinzen des k. Hauses Sitz und Stimme darin angewiesen, und wenn es sein könnte, auch einem solchen der Vorst. Es sollen daran 2) Theil haben die Minister, die kommandirenden Generale, die Oberpräsidenten, die Präsidenten des Obertribunals und des Kammergerichts; desgleichen andere hohe Staatsbeamte, welche an der Spitze der Spezialverwaltung stehen. 3) Die mediatisirten Fürsten und Häupter der ihnen gleichgestellten standesherrlichen Familien. 4) Die großen Grundbesitzer, welche sich durch besondere persönliche Fähigkeiten auszeichnen und denen der König die lebenslängliche Senatsorenwürde verleihen will. 5) Fabrikanten und Großhändler, die besonders große Geschäfte und wegen ihrer Einsicht das allgemeine Vertrauen besitzen. Auch sie sollen lebenslänglich vom Könige ernannt werden und ihre Zahl soll unbestimmt sein. 6) Die Bürgermeister der Provinzial-Hauptstädte. 7) Repräsentanten der Akademien und Universitäten, welche von den betreffenden Senaten deputirt werden. 8) Die Männer, welche durch hervorragende Leistungen in Wissenschaften, Künsten und Gewerben oder sonst allgemeine Achtung genießen. Die Anzahl derselben könne nur gering sein, da hohe Verdienste selten sind. — Ueber den Verfasser dieser Druckschrift verläutet nichts.“

(C. B.) In Betreff der Zeitungssteuer soll das in der Regierungsvorlage aufgestellte Besteuerungsprinzip in der Finanzkommission nicht überwiegende Zustimmung erhalten haben. Man scheint über keine Maßregel hinausgehen zu wollen, welche zu einem andern Ziele, als zur Wiederherstellung der der Regierung durch die Aufhebung der vormärzlichen Intelligenz- und Zeitungsstempelsteuer entzogenen Einnahmen, führen könnte. Einer Erhöhung dieser Einnahmen scheint man in der Kommission weniger abgeneigt. Aus dieser Richtung dürfte vielleicht eine Verdoppelung des vormärzlichen Zeitungsstempels, welcher 1 Thlr. pro Exemplar jährlich betrug, und eine Inferatensteuer, für welche etwa die Summe der bis 1848 zu zahlen gewesen Intelligenz- und Censurgebühr als Grundlage dienen würde, hervorgehen. Graf Krausow ist dem Vernehmen nach zum Referenten für diese Angelegenheit befehligt.

Ueber die Wiederherstellung der Steuerfreiheit der Geistlichen, Kirchenbeamten und Schullehrer, wie sie von Kler in der ersten Kammer beantragt wurde, hat sich die betreffende Kommission zustimmend ausgesprochen. Sie hat nur durch eine Abänderung Vorkehr getroffen, daß die wiederherzustellende Immunität nicht auch den Schullehrern der dissidentischen Sekten zu Theil kommen. Nur denen „der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche“ soll das Beneficium zugewendet werden; hiernach würden also auch die aus der unirten Landeskirche geschiedenen Lutheraner von denselben ausgeschlossen sein. Der Vertreter des Finanzministeriums war dem Antrage in der Kommission entgegengetreten, — wie der Bericht sagt: „mit der Hinweisung auf den klar und bestimmt ausgesprochenen Grundsatz der Verfassung, wonach überall

gleiche Rechte und gleiche Pflichten stattfinden, alle Steuerexemptionen aufgehoben werden sollen.“ Er wies nach, daß nach der Klassensteuer-Veranlagung für 1851 die von den Geistlichen zu zahlende Steuer 108,062 Thlr., die von den Schullehrern zu zahlende 69,321 Thlr. betrage, mithin ein nicht unerheblicher Ausfall durch die Steuerbefreiung eintreten und sich dadurch noch vermehren würde, daß hierzu noch die Einkommensteuer der hohen, reich dotirten Kirchenwürden zu rechnen ist. Auch der Vertreter des Kultusministeriums schloß sich dieser Erklärung an.

Das in Kurzem von der Regierung einzubringende Grundsteuergesetz enthält in Betreff der Grundstücke von Kirchen, Pfarren und Schulen die Bestimmung, daß die auf diese Grundstücke zu veranlagende Steuer so lange nicht erhoben werden solle, als in den gegenwärtigen Eigentums- resp. Nutzungsverhältnissen eine Veränderung nicht eintritt. (C. B.)

Berlin, 4. Februar. [Zur Tageschronik.] Gestern feierte der Ministerpräsident Freiherr v. Manteuffel seinen Geburtstag, und die zahlreichen Deputationen, von den Kindern des Voigtlandes an, die den gefeierten Staatsmann schon vor Tagesanbruch begrüßten, bis zu den Vertretern der konservativen Vereine der Hauptstadt, der Schützengilde, der Behörden u. s. w. bewiesen, in welchem hohen Grade sich der Freiherr v. Manteuffel die allgemeine Liebe und Verehrung zu erringen gewußt hat. Aber nicht bloß die Hauptstadt feierte den Geburtstag des Herrn Ministerpräsidenten, aus allen Provinzen des Staats waren Glückwünschts-Adressen und Schreiben eingelaufen. Den Nachmittag und Abend seines Geburtstages brachte der Herr Ministerpräsident, so weit es die Geschäfte zuließen, still im engsten Familienkreise zu. Der Hr. Ministerpräsident äußerte sich auf eine ihm an seinem Geburtstage von einer Deputation des konservativen Vereins im 79. Bezirk überreichte Glückwunschschrift in folgender Weise: „Meine Herren, am Tage meines Wiegenfestes von so vielen Seiten und in so wahrhaft herzlichster Weise begrüßt zu werden, erhebt mich, der ich auf dornenvoller Bahn wandle, doppelt. Nicht oft ist Freude mein Lohn, und deshalb thut es mir um so wohler, wenn man im Herzen so treuer Männer, wie ich jetzt die Ehre habe vor mir zu sehen, seinen Platz gefunden hat. All der Segen, den Sie mir gewünscht, er werde auch in reicher Fülle auf meinen König und Herrn, auf mein theures Vaterland, auf das treue Preußenvolk hernieder, und stehe Sie mir in allem Guten fern bei, er wird uns dann nicht fehlen.“ Hierauf erwiederte der Vorsitzende des Vereins: „Graz! Nehmen Sie die Versicherung hin, wir werden ausharren mit Ihnen, es komme wie es wolle.“ (Schw. A.)

Wohl noch nie hat eine Provinz bei Besetzung ihrer Oberpräsidentenstelle ein so reges Interesse an dem Tag gelegt, als gegenwärtig die Provinz Pommern. Seit der eingetretenen Vacanz treffen fast täglich Deputationen aus den verschiedensten Gegenden und allen Ständen der Provinz hier ein, und in diesem Augenblicke befinden sich deren mehrere hier. Wenn die Wünsche der einzelnen auch in Bezug auf die Persönlichkeit etwa auseinandergehen, darin sind alle einig, daß die baldige und definitive Wiederbesetzung dieser unter den gegenwärtigen Umständen doppelt wichtigen Stelle ein Akt unabwiesbarer Nothwendigkeit ist.

An der Konferenz im Ministerium des Innern über die Komposition der ersten Kammer, nahmen außer andern Mitgliedern der 3 Fraktionen der Rechten der ersten Kammer, auch die Abgeordneten Freiherr von Gaffron und von Pilsy Theil.

Der kais. russ. erste Gesandtschaftssekretär in Kopenhagen, Kollegien-Ressort und Kabinets-tourier von Zegeborst, ist von Kopenhagen nach Warschau hier durchgereist, und der kaiserliche russische Titularrath und Kabinets-tourier von Engel ist von Paris hier angekommen.

Der k. österreichische Brigade-General von Schiller ist von hier nach Hamburg abgereist.

Der königl. dänische Kammerherr und Hofsägermeister Graf von Lüdner ist von Dresden hier angekommen.

Gestern Vormittag starb in Potsdam der erste Bischof der evangelischen Landeskirche, Dr. Gyller, im 82. Lebensjahre.

Die „Düsee-Zig.“ läßt sich aus Berlin schreiben: „Aus glaubwürdiger Quelle geht uns die Nachricht zu, daß zwar keine Mobilmachung der preuss. Armee stattfinden werde, jedoch der Antrag beim Bundestage gestellt sei, ein Bundescorps von 200,000 Mann an der französischen Grenze aufzustellen. Dieser Antrag soll von allen größeren Staaten unterstützt sein, und der Widerspruch einiger kleineren dürfte binnen Kurzem beseitigt werden. — Wir dürfen diese Mittheilung als durchaus unbegründet bezeichnen.“

Die „Hamb. Nachr.“ lassen sich aus Frankfurt als unverbürgte Nachricht mittheilen, „daß die Reklamationen der Staatsgläubiger des ehemaligen Königreichs Westfalen bei dem Bundestage, die bereits im Jahre 1823 eine den Reklamanten ungunstige Entscheidung veranlaßten, jetzt eine unerwartete Unterstüßung erhalten haben. Der Heim des französischen Präsidenten, der eben erst zum Vorsitzenden im Senat ernannte vormalige König von Westfalen, Hieronymus Bonaparte, soll nämlich Schritte gethan haben, um in Vertretung jener Reklamanten aus dem Jahre 1823 die Bundesversammlung zu veranlassen, die Gültigkeit der von der westfälischen Regierung seiner Zeit übernommenen Verbindlichkeiten nachträglich anzuerkennen, und die französische Regierung soll gleichzeitig haben erklären lassen, daß sie entschlossen sei, das Gesuch zu unterstützen. — Wir wollen dies Kuriosum unsern Lesern nicht vorenthalten, dürfen aber versichern, daß Herr Jerome Bonaparte solche Schritte nicht gethan.“ (N. Dr. 3.)

Köln, 3. Februar. [General Lamoriciere] hat heute unsere Stadt verlassen und sich nach Belgien begeben. (K. 3.)

* **Posen, 4. Febr.** [Hr. v. Puttkammer. — Nothstand. — Straßenbauten.] Der Oberpräsident des Großherzogthums Posen, Herr v. Puttkammer, ist vor einigen Tagen durch telegraphische Depesche nach Berlin berufen worden, um, wie hier verlautete, in das Ministerium einzutreten. Obgleich sich derselbe vor seiner Abreise von hier dahin ausgesprochen haben soll, daß er seinen hiesigen Posten nicht aufzugeben gedenke, so versichern seitdem hier eingegangene Privatnachrichten doch, daß er das ihm angebotene Minister-Portefeuille angenommen habe und daß der Unterstaatssekretär v. Manteuffel zum Oberpräsidenten von Posen designirt sei. In keiner Provinz Preußens hat seit Jahren ein so häufiger Wechsel in der Person des Oberpräsidenten stattgefunden, als in Posen, kaum daß sich dieselben mit den hiesigen eigenthümlichen Verhältnissen nur einigermaßen vertraut gemacht haben konnten, so erfolgte auch schon ihre Abberufung wieder. Daß hierunter die innern Angelegenheiten der Provinz nur leiden können, ist ganz unzweifelhaft, und ein Wechsel im jetzigen Augenblicke würde um so schmerzlicher empfunden werden, als dadurch leicht die von Herrn v. Puttkammer zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes projektirten Straßenbauten in ihrer Ausführung Verzögerung erleiden möchten. — Die nasse Witterung dieses Winters ist den Saaten sehr ungünstig, namentlich das Korn fängt hin und wieder an zu faulen, und man fürchtet deshalb sehr für die nächste Ernte. — Für die Wollproduzenten scheinen sich für die nächste Schur sehr günstige Aussichten zu eröffnen. Von Speculanten werden jetzt schon Preise geboten, welche die vorjährigen um durchschnittlich 2 Rthl. übersteigen, doch hört man nicht, daß schon bedeutendere Abschlässe gemacht wären, weil die Produzenten zurückhalten. — In Betreff der Eisenbahn-Verbindung zwischen Warschau und der preussischen Grenze verlautet jetzt, daß zwischen der russischen und preussischen Regierung eine Einigung dahin zu Stande gekommen sei, daß Preußen die Zweigbahn nach Thorn bis zur polnischen Grenze weiterführe und Rußland von Lwow über Błocławek bis zur preussischen Grenze baue. Es stimmt dies indes nicht mit den frühern und wahrscheinlichen Nachrichten aus Warschau überein, nach welcher Rußland auf der direkten Verbindung mit Berlin über Słupce und Posen beharre und den Bau einer Bahn auf dem rechten Weichselufer zur Verbindung Warschau's mit Danzig und Königsberg projektirt.

Deutschland.

Frankfurt, 2. Februar. [Bundestagliches.] Der großherzoglich badische Bundestagsgesandte Freiherr v. Marschall hat, außerdem Vernehmen nach, der Bundesversammlung einen Bericht über die Anhäufung von Flüchtlingen an der schweizer

Grenze und über deren dortiges wüthendes Treiben seit dem 2. Dezember überreicht und den Antrag gestellt, die Bundesversammlung möge das Geeignete zur Abstellung bei der Schweizer Bundesbehörde verfügen. (N. Pr. Z.)

Die neuesten offiziellen Mittheilungen der Oberpostamts-Zeitung über die Verhandlungen der deutschen Bundesversammlung betreffen die Sitzung derselben vom 2. Decbr. 1851. Es wurde darin die bekannte Vorlage des allgemeinen österreichischen Zolltarifs durch den österreichischen Gesandten überreicht; ferner der gleichfalls bekannte Beschluß in Betreff der Uebnahme der von der ehemaligen Nationalversammlung herrührenden Objekte und endlich der Beschluß über die kaiserlich leopoldinisch-karolinische Akademie der Naturforscher dahin gefaßt, daß die Bundesversammlung sich nicht veranlaßt sehe, die Angelegenheiten der kaiserlich leopoldinisch-karolinischen Akademie der Naturforscher in den Kreis ihrer Beratungen zu ziehen.

München, 31. Jan. Die Kammer der Abgeordneten gelangte heute zu der Berathung des Einnahmebudgets und zwar zunächst zu den Zollertragnissen. Da der Referent über das Zollwesen erklärte, daß sein Bericht über die Zollverhältnisse der Zukunft, wobei er besonders den Zollvertrag zwischen Preußen und Hannover berücksichtigt habe, längstens binnen 14 Tagen an die Kammer gelangen werde, so wurde eine Debatte über die Zollverhältnisse, die sich sonst heute an die Festsetzung der Zollertragnisse geknüpft hätte, bis zur Vorlage jenes Berichts verschoben. (D. P. A. Z.)

Nürnberg, 1. Febr. Als vor mehreren Wochen die Zeitungen der Verhaftungen in München Erwähnung thaten, war unter verschiedenen andern Ursachen derselben auch das Auffinden eines Flugblattes: „Aufruf an das Heer“ angegeben. In Folge dieses Aufrufes nun haben hier an einem Tage nicht mehr als 1473 (so stark ist nämlich die hiesige Garnison) Ausfuchungen stattgefunden. Vor einigen Tagen nämlich marschirte das hier garnisonirende Linien-Infanterie-Regiment mit klingendem Spiele und mit Sack und Pack zu einem der Stadthore hinaus. Auf einem der Exercier-Plätze angekommen, wurde plötzlich Halt kommandirt, die Soldaten und Unteroffiziere mußten ihre Tornister abnehmen, welche alsbald von den Offizieren auf das genaueste nach Briefschaften und Druckschriften durchsucht wurden. In die Kaserne zurückgekehrt, wurde dieselbe Manipulation mit den Kisten und Koffern der Soldaten vorgenommen. Gravrliches wurde gar nichts vorgefunden. (D. A. Z.)

Stuttgart, 2. Februar. Die Volkvereine von Stuttgart, Gmünd, Göppingen, Eßlingen, Dohringen, Geislingen, Ellwangen, Heilbronn sind aufgelöst. (N. C.)

Wiesbaden, 31. Jan. [Die hiesige deutsch-katholische Gemeinde] hat auf das ohnlangst erfolgte Dekret, nach welchem ihrem neugewählten Prediger Hrn. Dr. Eduard Duller, die Bestätigung versagt wurde, den Rekurs an das Ministerium des Innern ergriffen. Heute ist Antwort erfolgt. Nach derselben hat es bei der erlassenen Verfügung sein Bewenden. Gründe hat man keine angegeben. — Wie mir versichert wird, so wird es sich schon in den nächsten Tagen vollständig herausstellen, daß der Wunderknebe, der so viel von sich reden machte, das Werkzeug einer großartigen Betrügerei ist. Seine Weissagungen sollen schon seit seinem Hiersein ihr Ende erreicht haben und er selbst soll sehr erfreut darüber sein, daß er „jetzt nicht mehr so viel auswändig zu lernen brauche!“ Wenn sich die Sache wirklich so verhält, dann sehen wir einem interessanten Affenspiele entgegen, der jedenfalls wieder manche abergläubische Seele bekehren wird, denn es ist staunenerregend, wie sehr der Aberglaube diesen Skandal ausbeutet hat. (F. J.)

Altenburg, 2. Febr. Der König und die Königin von Hannover langten gestern Abend hier an und werden dem Vernehmen nach bis zum 11. d. M. hier verweilen. Zu der am 10. stattfindenden Vermählungsfeier ist auch der Besuch des Königs von Preußen in Aussicht gestellt, so wie außerdem von dem königlich sächsischen, dem weimarischen und andern benachbarten Höfen das Eintreffen mehrerer fürstlichen Personen bereits angesagt ist. (Pr. Z.)

Hannover, 3. Febr. Die „H. Pr.“ erfährt, daß der Regierungsrath Stegmann mit der Abfassung eines neuen Preßgesetz-Entwurfes beauftragt sei. — Der „Wes. Ztg.“ schreibt man: Man will hier in sonst gut unterrichteten Kreisen wissen, daß es der hannoverschen Regierung gelungen sei, mehrere der Mittel- und Kleinstaaten, welche durch ihre Bevollmächtigten beim Bundestage sich bisher gegen die Erhaltung der Nordseeflotte aussprachen, noch in der zwölften Stunde für ihre Pläne zu gewinnen, so daß nunmehr gegründete (?) Hoffnung für die Erhaltung der Flotte wiederum auftauche. — Die „Hannov. Ztg.“ bringt den Wortlaut der Erwiderung, welche die allgemeine Ständerversammlung auf den Septembervertrag an das Staatsministerium gelangen ließ. In der Einleitung wird über das allgemeine Verhältniß des Vertrages gesprochen, und darin der Vortheile anerkennend gedacht, welche die Vereinigung der beiden Steuergebiete auf die Entwicklung des Verkehrs hervorbringen muß. Stände wenden sich zu den speziellen Bestimmungen des Vertrages, und nehmen hierbei jene Ausschluß-Anträge an, deren wir schon früher ausführlich gedacht haben. Es tritt in denselben das Streben besonders hervor, daß die Annahme des Vertrages nicht die Mitwirkung der Stände für fernere Veränderungen in den Grundsätzen und Einrichtungen des Steuervereins ausschließen solle. Ferner suchen Stände die selbstständige Stellung Hannovers und insbesondere das Festhalten an der Verfassung zu wahren.

Hamburg, 3. Febr. Obgleich die Nachricht, daß die Oesterreicher gleichzeitig Holstein und die hiesige Stadt verlassen würden, aus offiziellem Hintergrund hervor- und in festen Umrissen auftritt, so wagt man hier doch nur zögernd an die Erfüllung eines sehnächtigen Wunsches zu glauben, und fürchtet neue Enttäuschungen. Es ist auch um so weniger wahrscheinlich, daß das Haus Habsburg den deutschen Norden so schnell und so leichten Kaufs aus eiserner Umarmung lösen werde, als dasselbe augenscheinlich mit seiner militärischen Machtstellung weitwichtige handelspolitische Entwürfe verbindet, und wenn es auch von der Hoffnung abstrahirt, die reichen Hansestädte in sein kommerzielles Reg für 70 Millionen zu verwickeln, doch mit nachdrücklichem Ernst beabsichtigt, Hamburg für den Abschluß eines Zollkartells zu bestimmen und so dem Einschwürzen von großen Quantitäten englischer Waaren in sein Gebiet vorzubeugen, ein Projekt, dessen Durchführung freilich in der eigenthümlichen hiesigen Hafeneinrichtung (wo die Güter nicht unmittelbar gelöscht, sondern in die sogenannten „Klente“ verfahren werden) unübersteigliche Schwierigkeiten finden würde. — Was den Termin für den ziemlich feststehenden Abzug aus dem Holsteinischen anbetrifft, so scheint es, daß derselbe innerhalb drei Wochen beginnen und bis zum Ausgang dieses Monats andauern wird. In diesem Sinne soll sich auch der Generalleutnant v. Legebitz gegen seinen BIRTH, Staatsrath Koch in Altona und

gegen den dänischen Gesandten Dirckink-Holmfeld geäußert haben. Ein Transport von Gefangenen, der am Sonntag von Altona hier durchpassirte und unter starker militärischer Bedeckung mit der Eisenbahn nach dem Inlande dirigirt wurde, ist ein weiteres Anzeichen für das baldige Eintreten des genannten Ereignisses. (Const. Z.)

Hamburg, 4. Februar. Von Flensburg, wie die „Fl. Ztg.“ berichtet, sind die Departementschefs der dortigen Regierung vom Grafen Carl Moltke als Minister für Schleswig nach Kopenhagen berufen. Der vielbesprochene Departementschef für den Kultus, Herr Regenburg, ist am 27. Januar von Sr. Majestät dem König zum Ritter vom Dannebrog ernannt. Die im Herzogthum liegenden dänischen Truppen sollen binnen Kurzem von dem in Kopenhagen liegenden, aus Schleswigern bestehenden 7., 8., 9. und 10. Bataillon abgelöst werden.

Aus Kopenhagen erhalten wir Mittheilungen über die beabsichtigte Umgestaltung der dänischen Ministerialverwaltung. Die bis zum 2. Februar reichenden Blätter wissen nichts von Unruhen, die angeblich in Kopenhagen ausgebrochen sein sollten. Für's Erste möchte dergleichen trotz der Agitation der Eiderblätter auch nicht zu erwarten sein. Kammerherr v. Wille ist als dänischer Gesandter nach London abgegangen. (Hamb. Nachr.)

Oesterreich. L. N. Wien, 4. Februar. [Tagesbericht.] Auf Grund hoher Ministerial-Befehle sind die Verordnungen aus den Jahren 1835 und 1837 in Betreff der Geburtstage und Namensfeste des Kaisers publizirt und ist neuerdings allen Glaubensgenossen zur Pflicht gemacht worden, diese Feste alljährlich auf die übliche solenne Weise zu begehen und zwar so, daß wenn der Geburtstag des Kaisers mit einem großen kirchlichen Feiertage zusammenstreffen sollte, die bezüglichlichen Feierlichkeiten an dem unmittelbar darauf folgenden Tage stattzufinden haben, die Namensfeier des Kaisers dagegen in allen Provinzen der Monarchie auf eine kirchliche Andacht zu beschränken ist.

Der preussische Gesandte Herr v. Arnim nimmt seit einiger Zeit einen sehr regen Antheil an den Verhandlungen des Zollkongresses, wie denn auch der Depeschewechsel zwischen ihm und Berlin in letzter Zeit sehr lebhaft wurde. Es scheint demnach ein Gerücht, welches in den letzten Tagen auftauchte und eine Veränderung der preussischen Politik den österreichischen handelspolitischen Vorschlägen gegenüber andeutet, nicht ganz ohne Grund zu sein. So viel ist gewiß, daß Herr v. Arnim seinem Hofe das lithographirte Protokoll der Verhandlungen der Zollkonferenz nach jeder Sitzung übersendet.

Der frühere Finanzminister, jetzt Reichsrath v. Krauß hat das Referat über Gallizien übernommen, wodurch diesem Lande mancher Vortheil erwachsen würde, da die Zustände desselben von Herrn v. Krauß, der daselbst durch 36 Jahre sehr erfolgreich wirkte, genau gekannt werden.

O. C. Die Verteilung eines Betrages von 20 Millionen Gulden, theils in verzinslichem, theils in unverzinslichem Staatspapiergeld hat gestern unter Aufsicht der dazu bestellten Kommission und eines Mitgliedes der Direktion der österr. Nationalbank in dem Verbrennhause am Glacis stattgefunden. Die dadurch auf 180 Mill. Gulden beschränkte Maximalsumme des mit Zwangscours im Umlaufe befindlichen Staatspapiergeldes wird durch die in drei Monaten zu erfolgende weitere Tilgung abermals eine angemessene Beschränkung erfahren. Indessen verdient jedenfalls hervorgehoben zu werden, daß von vielen Seiten der Wunsch rege geworden ist, es möchten Einleitungen getroffen werden, die es möglich machen, einen namhaften Betrag an Münzscheinen statt eines Theils der alsdann zur Tilgung zu bestimmenden Summe Staatspapiergeldes mit Zwangscours zu tilgen, wodurch die so wünschenswerthe Verbesserung der Reichswährung gerade in den empfindlichsten Theilen des Verkehrs gefördert würde.

Der festgesetzte Termin zur Umwechslung der durch verbotswidrige Theilung zum weiteren Umlaufe unbrauchbar gewordenen Münzscheine ist verstrichen; sonach werden dieselben von nun an weder im Privatverkehre noch bei Kassen und Aemtern angenommen; die Umwechslung hat ausschließlich bei den Landes-Hauptkassen zu erfolgen; die überbringenden Parteien erhalten eine Bescheinigung und wird ihnen zugleich der Tag bezeichnend, an welchem sie sich nach vorgenommener Prüfung der überreichten Beträge einzufinden haben.

O. C. Wien, 4. Februar. [Reform der See-Verwaltung.] Von großer Wichtigkeit für Oesterreichs Zustände im Allgemeinen und seine zoll- und handelspolitischen Bestrebungen insbesondere ist die in neuerer Zeit begonnene und mit Energie und Umsicht fortgeführte Reform seiner Seeverwaltung. Am 30. Januar genehmigte Se. Majestät der Kaiser die Errichtung einer mit umfassenden Befugnissen ausgestatteten Central-Seebehörde und die entsprechende Reform der ihr unterstellten Hafen- und Sanitäts-Aemter. Bereits am 1. Februar l. J. sind letztere nach dem neuen Systeme überall in Aktivität getreten.

Die Thätigkeit der Central-Seebehörde hatte sich in einer doppelten Richtung geltend zu machen; es mußten Organe der neu geregelten Seeverwaltung geschaffen und entsprechend eingerichtet werden; es mußte aber gleichzeitig auch mit reformirender Hand in die bisherige Geseßgebung mannigfach eingegriffen werden. Der seiner umfassenden Kenntnisse wegen allgemein geachtete Sektionschef des Handelsministeriums, Dr. Gjörning, ward zur Organisirung der Central-Seebehörde und der ihr unterstehenden Behörden von Sr. Majestät ernannt. Er entledigte sich eines guten Theils dieser schwierigen Aufgabe schon bis jetzt mit ausgezeichnetem Erfolge. Seine Wirksamkeit hatte er im Monate April 1850 begonnen. Der Zeitraum von beiläufig vier Wochen reichte hin, um sämtliche Einleitungen zur Instandsetzung der Central-Seebehörde selbst zu treffen. Die erste Sorge derselben, als sie sofort am 1. Mai 1850 in das Leben trat, waren ihre Beziehungen zu den Behörden der anderen Verwaltungszweige, namentlich zu jenen, von denen ein Theil ihres bisherigen Wirkungskreises auf erstere überging, nachdem die Altenauscheidung und Uebergabe schon früher stattgefunden hatte, zu regeln und den Gang der Geschäfte bei den untergeordneten Aemtern zu beobachten. Auf Grundlage diesfälliger, mehrmonatlicher Erfahrungen, wurden die Anträge zur Organisirung der Hafen- und See-Sanitätsämter sammt der Instruktion für die Kassen-gebarung der neu zu errichtenden Hafen- und See-Sanitäts-Kassen, so wie jene für die Hafen- und See-Sanitäts-Deputationen und Agenturen bezüglich der Hafenverwaltung entworfen. Neben dieser organisatorischen Thätigkeit hatte die Central-Seebehörde die andere weitgestreckte Aufgabe legislativer Vorbereitungen zu verfolgen. (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

Die dringendste Reform verheißte der nautisch-wissenschaftliche Theil, worin Oesterreich hinter anderen Ländern unverkennbar zurückgeblieben war. Es ward ein den bestehenden Verhältnissen angepaßter Plan für das nautische Unterrichtswesen, welcher die ganze Stufenreihe vom Schiffsjungen bis zum Lehrer der nautischen Astronomie umfaßt, entworfen, gleichzeitig aber die Vornahme der Prüfung der Schiffskapitäne unter den unmittelbaren Einfluß der Central-Seebehörde und ihrer Inspektoren gestellt.

Die bedeutendste Gesetzesvorlage betraf die allerhöchst angeordnete Marineinscription, welche aus der gesammten Handelsmarine eine große Pflanzschule für die Kriegsmarine bilden und den Geist der Disziplin im ganzen Umfange der ersteren verbreiten wird. Kommissionen mit Beziehung von Vertretern des Handels- und Rhyderstandes wurden abgehalten zur Vorbereitung des neuen bei dem Ministerium verfaßten Seesantitätsreglements, ferner über die Maßregeln gegen die zur See ausgeübte Kontrebande, gegen die unbeschränkte Ausfuhr des Schiffsbauholzes, über die neue gesetzliche Normirung der Affekuranzkammern, über die Frage der Einführung von Differenzialzöllen, über die Erneuerung des Vertrags in Betreff der Sulina-Mündung, und darüber nicht nur die Berichte erstattet, sondern auch der Gesetzentwurf zur Hintanhaltung der Seekontrebande, das Reglement zur Einhebung des diritto d'alboraggio von ausgeführtem Schiffsbauholz und ausführliche Gutachten über die Handels- und Schiffsverkehrsverträge mit Sardinien, Spanien und Frankreich erstattet. Endlich sind vorbereitet das Reglement über die Ortslooten von Venedig, der Gesetzentwurf über die Seefischerei, ferner die ersten Abtheilungen des neu zu verfassenden See-Coder. Letztere umfassen die neue Eintheilung der Schiffskategorien, wodurch die kleine Küstenschiffahrt auf das gesammte adriatische Meer ausgedehnt wird, die gesetzlichen, strenger gefaßten Bestimmungen über die Schiffskapitäne und Schiffsoffiziere, ferner über die Schiffsapostrophe und das Gesetz über die Evidenzhaltung der Schiffe, als Ergänzung der Marineinscription. Hieran reiht sich der den neuen Verhältnissen entsprechende Gesetzentwurf über die Regulirung der Schiffstaren, der Hafenz- und Seesantitätsgebühren.

Sowohl der Umfang als die Tragweite der oben aufgezählten Reformen, wovon indessen nur die wesentlicheren hervorgehoben worden sind, bieten einerseits die volle Bürgschaft, daß eine frische und intelligente Kraft die Leitung des in Rede stehenden höchst wichtigen Zweiges der Nationalwohlthat besorgt, und bewahren andererseits den ernststen und festen Willen der Regierung auch das schöne Oesterreich nach seinen Kräften und nach den Bedingungen seiner vortheilhaften und einladenden Lage Theil nehmen zu lassen an der Konkurrenz zur See.

Florenz, 27. Januar. Neuerdings tauchen die Gerüchte von der Abdankung des Großherzogs wieder auf; eigenthümlich ist, daß dieselben immer von Wien herkommen. Hier dagegen versichert man, daß der Großherzog trotz alles Drängens weder die Verfassung aufzuheben noch dem Throne zu entsagen geneigt sei. — Das Maskentragen, ja sogar Verkleidungen jeder Art sind hier abermals für den heurigen Karneval untersagt worden, obgleich man sie z. B. in Rom und Venedig gestattet. An Tanzvergünstigungen fehlt es dagegen nicht.

Aus Rom vom 24. Januar berichtet man der Allgemeinen Zeitung: Zwei außerordentliche Kardinalkongregationen sind in dieser Woche vor dem Papste gehalten, um die vom Grafen Sambuy eingereichten letzten turinischen Ausgleichungsvorschläge zu begutachten. Ueber das Ergebnis ihrer diesfälligen Beratungen kann ich Ihnen als verlässig mittheilen, daß man im Vatikan bereit ist, die Entfernung der Erzbischöfe von Turin und Cagliari als ein fatto compiuto anzuerkennen, und des Friedens halber sowie aus höhern Rücksichten in die Wahl zweier Coadjutoren für Monsignor Jeanoni und Marongiu-Nurra durch ihre resp. Kapitel zu willigen. Dafür aber verlangt die römische Kurie vom turiner Kabinet eine durchgreifende Modifikation der siccardi'schen Gesetze in ihrem Sinne und besonders ein gubernatives Veto gegen die Erbauung noch anderer protestantischen Kirchen außer Turin und Genua.

Frankreich.

Paris, 2. Febr. [Tagesbericht.] An der Börse war man heute wegen der zu erwartenden Finanzmaßregeln wieder sehr in Sorgen und man schreibt diese Besorgnis der obwaltenden Baisse zu. Außer den bereits früher in Aussicht gestellten Projekten sprach man auch von einer zwangsweisen Versicherung des Grundbesitzes durch den Staat.

Uebrigens scheint es, als ob das Schreckens-Regiment von seiner Strenge nachlassen wollte. Man bezweifelt, daß die zur Deportation verurtheilten Ex-Repräsentanten wirklich nach Cayenne abgeführt wurden, da bereits 42 andere dorthin bestimmte Gefangene auf dem Schiffe „Duguesclin“ entlassen wurden.

George Sand hält sich noch hier auf und hatte selbst vor einigen Tagen eine Audienz bei Louis Napoleon, um ihm ihre Beschwerden vorzutragen. Louis Napoleon hat nicht vergessen, daß er in früherer Zeit in Briefwechsel mit dieser berühmten Schriftstellerin stand, und nahm ihre Vorstellungen mit Wohlwollen an, so daß sie fürderhin unbelästigt leben und schreiben kann, wie und wo sie es will. Auch das Verbot ihrer Stücke ist aufgehoben worden. Herr Lireur, Feuilletonist des „Constitutionnel“, ist nach Belgien verwiesen und kam noch froh sein, daß er damit weggekommen, denn er war schon zu achtjähriger Deportation nach Lambessa bestimmt.

Cabet ist von Agenten begleitet ins Exil nach England gegangen. Proudhon wird dieser Tage das St. Pelagie-Gefängnis verlassen. Die ihm zu Theil werdende Begünstigung ist nicht hoch anzuschlagen, da seine dreijährige Haft fast abgelaufen ist. Uebrigens war seine Haft sehr milde und er durfte mitunter das Gefängnis verlassen.

Auch der Presse scheint man größeren Spielraum gestatten zu wollen; wenigstens begegnen wir bereits einer Polemik der Debats gegen den Constitutionnel.

Das „Journal des Debats“ polemisiert gegen den „Constitutionnel“, der sich nicht entblödet, das neue parlamentarische Regiment auf Kosten des Repräsentativ-Gouvernements unter dem Juli-Gouvernement zu preisen. Unter jedem Regimente, sagt Bertin, wird es Leute geben, die nur an ihr Interesse denken. Bezichtigt man aber das kon-

stitutionelle Juli-Gouvernement gewissermaßen vor allen, ein Gouvernement der Korruption und Korrupturen gewesen zu sein, so ist dies eine Verleumdung, die man zu oft wiederholt, als das Gouvernement noch stand und worauf jetzt, da es gefallen, unser Bedauern, Journalisten, die sich achten, endlich verzichtet haben sollten. Man kann vom Juli-Gouvernement sagen, daß es zu liberal gewesen; man kann die Institutionen tadeln, mit welchen es 18 Jahre gelebt. Möglich, daß wir Unrecht hatten (?), die Tribüne und die Presse zu lieben und daß Redner und Journalisten die Plage des Gouvernements sind. Der Constitutionnel meint dies und sagt es. Das steht ihm zu und wir reklamiren nicht dagegen; die einzige Freiheit, die wir für uns in Anspruch nehmen ist die, daß wir für uns und unsere Freunde gegen Alles protestiren, was die Ehre eines Regiments beeinträchtigen könnte, dessen schönster Anspruch der gewesen, daß es ein ehrliches gewesen.

Andererseits aber will man wissen, daß das zu erwartende Pressegesetz Bestimmungen enthalten soll, welche die Mitarbeiterschaft der erlittenen Journalisten an hiesigen Blättern unmöglich mache.

Louis Napoleon wird seine Umgebung jetzt ganz fürstlich gestalten. Bekanntlich ist Oberst Baudrey bereits mit dem Range eines Brigade-Generals zum Gouverneur der Tuilerien ernannt worden. Man wird sich erinnern, daß Baudrey wegen seiner Theilnahme an der strasburger Affaire aus den Cadres des Heeres gestrichen worden. Louis Napoleon hatte in den letzten Jahren sich schon Mühe gegeben, seinen Kriegsminister zu vermögen, den Oberst wieder in das Heer einreihen zu lassen; allein keiner wagte es, den Bestimmungen des Gesetzes zuwider hier seinem Wunsche zu willfahren. Selbst General Saint Arnaud soll sich auf das Entschiedenste dagegen gestäubt haben, so daß Louis Napoleon ausgerufen haben soll: Ich werde wohl den Oberst zum Kriegsminister ernennen müssen, damit er Brigade-General werden könne. Wahrscheinlich wird der Oberst nicht mit seinem neuen Grade in die Cadres des Heeres eintreten. Die Ordnonanzoffiziere des Prinzen beziehen ein Gehalt von 10,000 Fr. Wie man vernimmt, wird Herr von Foudras (den man nicht mit dem Marquis von Foudras verwechseln muß), welcher unter dem Kaiserreich einen bedeutenden Posten in der Polizeiverwaltung eingenommen, jetzt häufig zu Rathe gezogen.

[Rothschild soll ausgewiesen werden.] Man hat hier Näheres über eine Unterredung erfahren zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Bankier James Rothschild zu Paris. Es wird erzählt, der Präsident habe, durch seine Späher benachrichtigt, erfahren, daß zwischen Herrn v. Rothschild und dem ins Exil geschickten General Changarnier ein Briefwechsel gepflogen werde, den Finanzier zu sich beschieden und ihm bedeutet, er werde ihn dem General nachsenden, sofern jener Briefwechsel nicht unterbleibe. Herr v. Rothschild soll hierauf erwidert haben, daß er für seine Person in keinerlei brieflichem Verkehr mit General Changarnier stehe, in Betreff der Drohung aber seine Eigenschaft als österreichischer Generalkonsul werde geltend zu machen wissen. Hierbei soll nun die Sache vorerst ihr Bewenden gehabt haben, obschon man in hiesigen Kreisen vor einigen Tagen versicherte, Herr James v. Rothschild habe Paris bereits verlassen und sich nach Wien begeben.

C. B. Verbürgten Mittheilungen aus Paris zufolge ist die Absicht Seitens des Prinz-Präsidenten, einen besondern Botschafter an die Kontinental-Großmächte abzusenden, der die Aufklärung der von Frankreich eingeschlagenen und inne zu haltenden Politik übernehmen soll, keineswegs aufgegeben. Nachdem Herr v. Persigny in das Ministerium getreten, fällt die Wahl für den Botschafterposten einigermaßen schwer. Herr v. Morny, dem Louis Napoleon die Mission übertragen möchte, hält sich um deshalb für nicht geeignet, weil eine Vertheidigung der Dekrete gegen die Orleans leicht zu den Funktionen der Botschaft gehören, diese aber nicht von ihm übernommen werden könnte. Man nennt für die in Rede stehende Sendung auch Herrn Chasseloup, der früher auch für den berliner Gesandtschaftsposten genannt wurde.

Großbritannien.

London, 2. Febr. [Das Ministerium. — Kossuth. — Die Vertheidigungsfrage. — Vermischtes.] Ihre Majestät die Königin, Prinz Albert und die Prinzen kamen heute Mittag von Windsor in Buckingham Palace an.

Globe sieht der Session mit Zuversicht auf den Bestand des Ministeriums entgegen. Noch habe das Land keinen Premier, der einen Lord J. Russell ersetzen könne. Einzelnen Peeliten seien Anerbietungen gemacht worden, welche sie ausschlugen, indem sie dem Premier zumutheten, alle seine Kollegen zu entlassen, und sich an die Spitze eines Aufgebots rein peelitischer Rekruten zu stellen. Lord John werde lieber das Stück mit der alten Gesellschaft zu Ende spielen. Sein Zauberstab gegen alle kleinen und kleintlichen Oppositionen sei die Reform-Bill!

Am 16. Januar wurde Kossuth in Harrisburgh durch ein Bankett von 300 Gedecken gefeiert; die meisten Gäste gehörten der Legislatur an. Gouverneur Johnson und der Ex-Senator Cameron präsidirten. Näheres morgen.

In Bezug auf die zu treffenden Vertheidigungsmaßregeln gegen eine eventuelle französische Invasion stellen wir folgende Notizen zusammen.

Papier remonstirt in einem Briefe an Times gegen die Entlassung der Mannschaft vom „Ganges“ und „Southampton“, gegen die Entsendung der „Britannia“ nach dem Mittelmeer, und vor Allem gegen die Entfernung von Admiral Parker. Die Matrosen sollen ferner auf eine längere Dienstzeit, als bisher (3 Jahre) angeworben, der Oberaufseher der Admiralität für den Dienst in seinem Departement verantwortlich gemacht, und alle Kanaleien der Admiralität in Whitehall vereinigt werden.

Das Kabinet wird vom Parlamente eine Vermehrung von 10,000 Mann für die Linie fordern. Gegenwärtig werden 5000 Mann rekrutirt.

Im Hauptartillerieamt ist die Ordre eingetroffen, 15,000 Bomben sofort zu verpacken und nach den verschiedenen englischen Häfen zu schicken. Ordre für Versendung einer größeren Summe wird stündlich erwartet. Am Sonnabend wurden beträchtliche Quantitäten Pulver verladen. Man erwartet außerdem Ordre für eine Versendung von 3000 Geschützen für den aktiven Dienst. Das Dienstpersonal des Arsenal wird um 300—500 Individuen vermehrt werden müssen.

For, Henderson und Comp. haben eine neue Maschine zur Kanonenbohrung angefertigt, die ganz außerordentlich zweckmäßig konstruirt sein soll.

Auf der hiesigen Papierbörse, in Portsmouth und Southampton haben sich die Schützengruppen schon förmlich konstituiert.

Aus Malta schreibt man vom 26ten. Mit der Stationierung unserer Kriegsschiffe ist wieder eine neue Veränderung vorgegangen, die zu allen möglichen Spekulationen Veranlassung giebt. Die „Belerophon“, „Vengeance“ und „Trasfagar“ sind in die See gestochen; der Admiral nahm seine Flagge von der „Vengeance“ und hieft sie auf der Dampffregatte „Terrible“ auf.

Auf die Nachricht hin, daß General Leslo und andere von den berühmten französischen Generalen ein Asyl auf der Insel Jersey suchen wollen, ist das daselbst erscheinende Wochenblatt sofort in Frankreich verboten worden. Um dem Redakteur den Glauben zu benehmen, es sei hier ein Versehen der Post im Spiele, wurden ihm die Exemplare, von Amtswegen mit dem Worte „forbided“ (statt forbidden) zurückgeschickt.

Dublin, 31. Januar. [Die außerordentlichen Affisen] zur Aburtheilung agrarischer Mordthaten scheinen nicht vorwärts kommen zu wollen. In dem Prozeß der beiden, wegen Ermordung Mr. Bateson's angeklagten Bruder Kelly kam der seltene Fall vor, daß die Geschworenen (gestern Abend) definitiv entlassen werden mußten, weil sie sich nicht einigen konnten, nachdem sie 24 Stunden eingeschlossen und 30 Stunden ohne Trank und Speise geblieben waren. Ein Arzt gab ihnen das Zeugniß, daß ihre Gesundheit, ja daß das Leben des Einen auf dem Spiel stehe. Der Staatsanwalt beschloß, die Angeklagten vor eine neue Jury zu stellen. Man macht sich allerhand Gedanken über das Krankheitszeugniß. — Bei Carrickmacross hat die Polizei einmal einen Fang gemacht. Ein Verwalter erhielt Wind, daß ihm die Bandenmänner nachstellten, und daß er besser thäte, in der Stadt zu bleiben. Statt dessen machte er sich absichtlich auf den gefährlichen Heimweg und nahm Bedeckung mit; wodurch es gelang, zwei Bekehrter zu erwischen, die mit gespanntem Hahn in einen Steinbruch an der Straße auf der Lauer lagen, also in flagranti. — Mehrere Meetings finden statt, um Petitionen an die Königin um Begnadigung Smith O'Brien's und der andern irischen Deportirten von 1848 zu Stande zu bringen. — Der Graf von Arundel scheint wirklich sein Mandat für Limerick niederlegen zu wollen, und zwar wegen der Spaltung und Uneinigkeit unter den Mitgliedern der Catholic Defence Association. — Dieser Verein hielt übrigens, unter dem Vorsitz von Erzbischof Cullen, ein Meeting und faßte die Resolution zu erklären, daß England ein Attentat gegen die Religionsfreiheit begangen hat, indem es die „armen Katholiken durch Bestechung und Einschüchterung zu verführen gesucht hat.“ Die „Einschüchterung“ heißt wohl die Titellakte; die „Bestechung“ besteht in den Geldern, welche der Staat den Armenhäusern vorstreckt. Thäte die Regierung dies nicht, so würde sie des Mordversuchs durch Aushungerung angeklagt.

Niederlande.

Haag, 31. Jan. [Eine französische Prätension.] Vor Kurzem erwähnten wir, daß das französische Gouvernement sich über gewisse Artikel des Handelsbattes beschwerte, in welchen dasselbe den Staatsreich Louis Napoleons sehr unglimpflich besprach. Das holländische Gouvernement wies darauf jede Solidarität für jene Artikel zurück, und erklärte, daß die Pressefreiheit in unserm Lande verfassungsmäßig verbürgt sei. Da fast die gesammte holländische Presse gegen das jetzige französische Gouvernement auftritt, so soll das französische an das unsere die Forderung gestellt haben, daß die Presse ihre Opposition mäßigen möge, und diese Forderung soll in einer kategorischen Weise französischer Seits aufgetreten sein. Unser Kabinet ist in großer Verlegenheit, und weiß nicht, wie es das gute Einvernehmen mit Frankreich, den ausdrücklichen Garantien unserer Verfassung gegenüber sicher stellen kann. Der König hat gestern den Marquis von Billeneuve, Attaché im französischen Ministerium des Aeußern, in Privataudienz empfangen.

Spanien.

Madrid, 28. Januar. [Geldnoth und Geldspekulation.] Seit einigen Tagen herrscht wieder das Gerücht, es stände eine Minister-Krise bevor. Viele halten das Gerücht für wahr und glauben in der Geldnoth der Regierung den Grund dazu zu finden. Bravo Murillo hat auch bereits alle Mittel erschöpft, um sich Geld zu verschaffen, und ist jetzt in der größten Verlegenheit; die Beamten haben in diesem Jahre noch keine Besoldung erhalten, und es wird wohl Ende Februars werden, daß man ihnen die Hälfte des pro Januar zukommenden Gehalts wird auszahlen können. Neue Steuern lassen sich auch nicht mehr einführen, Alles ist bereits so hoch besteuert, daß selbst die Kartoffeln den doppelten Preis gegen früher kosten. Die Königin wohnt wieder den gewöhnlichen Minister-Sitzungen, die alle Freitage im Schlosse gehalten werden, bei und soll sich am letzten Freitage, als die Minister ihr die Geldnoth schilderten und die Absicht durchblicken ließen, ihre Stellung aufgeben zu wollen, offen gegen sie dahin ausgesprochen haben, sie unter keiner Bedingung entlassen zu wollen. Isabella nimmt seit einiger Zeit an den Regierungs-Geschäften Theil und zeigt jetzt viel mehr festen Willen und Selbstständigkeit. Um den Beamten zu zeigen, wie sehr es sie schmerze, sie in Noth zu wissen, haben die Minister durch Zirkular-Schreiben allen ihnen untergeordneten Beamten mittheilen müssen, die Königin wolle aus eigenen Mitteln das Gehalt pro Januar vorstrecken. Aus der Geldnoth der Beamten entstehen auch Mängel im Geschäftsgange und leidet besonders die Justizpflege. Seit Aufhebung jeglicher Porto-Freiheit nämlich ist den Ober-Beamten aufgegeben, das betreffende Porto auszuliegen und in Rechnung zu stellen. Da ihnen aber die zum Lebensunterhalte nöthige Besoldung ausbleibt und viele Beamte weiter nichts als diese besitzen, so verweigern sie die Annahme der unfrankirten Geschäftsbriefe, die dann herrenlos auf der Post liegen bleiben. In der Justiz-Verwaltung hat dies bereits sehr üble Folgen gehabt, so daß man sich genöthigt gesehen, ihr das Porto, wie früher, zu erlassen. — Marie Christine hat gut spekulirt; sie hat die wohlfeil aufgekauften Staats-Schuldscheine, die amortisirt werden sollen, zum höchsten Preise wieder verkauft und alles Geld in die Bank von England gelegt. Sie soll 66 Millionen Realen dabei gewonnen haben. Bricht nun, früh oder spät, der unvermeidliche Staats-Bankerott aus, so verliert die kluge Mutter unserer Königin keinen Maravedis; sie hat ihr Scherlein ins Sichere gebracht.

(R. 3.)

Provinzial-Beitrag.

§ Breslau, 5. Februar. [Stadttrath Warnke †.] Nach vierwöchentlichem Krankenlager starb in verwichener Nacht am Nervenschlage der Premier-Lieutenant a. D.

und Stadtälteste Johann Warnke, als vieljähriges Mitglied der hiesigen städtischen Verwaltung, wie als fruchtbarer Gelegenheitsdichter gleich sehr gekannt und geschätzt. Zur Beerdigungsfeier, welche am 7., Nachmittags 3 Uhr auf dem Militärkirchhofe stattfindet, ernannte der Gemeinderath in seiner heutigen Sitzung eine Deputation, an der sich die zahlreichen Kameraden des Verstorbenen freiwillig theilnehmen wollen.

§ Breslau, 5. Februar. [Hoftag der Tafelrunde.] Gestern Abend wurde in dem schönen Saale des Herrn Kugner großer Hoftag der Tafelrunde Seitens der Studenten-Verbindung Lusatia abgehalten. Von Seiten des Corps waren nicht allein die Herren Kuratoren, Professoren und Lektoren der Universität, sondern auch die Spitzen anderer königlichen Behörden, sowie eine große Anzahl Männer und Frauen aus allen Ständen zu diesem gemüthlichen Feste geladen worden.

Hatte man das Vorzimmer, welches durch zwei mächtige, reich gallonirte Portiers bewacht wurde, passiert, so empfing den in den Hauptsaal Treten den ein wahres Lichtmeer. Das Auge fiel sogleich auf einen prächtigen Thronhimmel, der rechts an dem Plaze, wo sonst das Orchester sich befindet, stand. Mehrere mit kostbaren Teppichen bedeckte Stufen führten zu dem geschmackvollen Thronessel, über welchem das Wappen der Lusatia prangte. Oberhalb desselben kreuzten sich zwei schöne Schläger. Zur rechten Seite des Thrones erhob sich eine mit Laub- und Blumenkränzen umwundene Tonne, eine Art Kanzel darstellend; weiterhin thürmten sich 5 laubumkränzte mächtige Fässer, voll des braunen Gerstensaftes, über einander; an diese schloß sich weiter hin die Estrade für das Orchester an. Links von dem Throne erhoben sich in gleicher Entfernung abermals 5 laubumkränzte Fässer voll Gerstensaftes, während in Mitten eines großen leeren Raumes gerade vor dem Thronhimmel die reiche Tafel der Tafelrunde sich befand. Rechts und links von dieser Tafel erstreckten sich in langen Reihen Tische an Tische, an welchen die Kommilitonen und die Corps-Burschen der andern Landsmannschaften, sowie die übrigen geladenen Gäste sich befanden. Sämmtliche Logen waren ausschließlich und dicht von einem eleganten und schönen Damen-Flor besetzt.

Punkt 7 Uhr ließ die mächtige Kapelle des 19. Inf.-Regts. die Zampa-Duvertüre ertönen, an welche sich nach einer kleinen Pause der Festmarsch aus dem Sommer-nachtsraum schloß. Sofort öffneten sich die bis dahin verschlossen gewesenen beiden Flügelthüren des kleinen Saales, und aus ihm trat ein glänzender Zug. Voran schritten zwei mächtige Ritter in prachtvollen Rüstungen und die Banner mit den Farben der Lusatia (Blau, Roth, Gold) vor sich her tragend. Ihnen folgten die Hofchargen, dann der König der Tafelrunde, Viktor Arthus, umgeben von seinen vornehmsten Hofbeamten und gefolgt von den Grafen, Baronen, Rittern und Knappen seines Reiches; alle in glänzender spanischer Rittertracht. Nachdem der Zug sich um den Saal herum bewegt, näherte er sich dem Throne, welchen sofort der König Arthus bestieg, während die Ritter mit den Bannern sich zur Rechten und Linken des Thronessels postirten und die höheren Hofchargen auf den Stufen sich aufstellten. Die Reichsgrafen, Ritter und Knappen aber nahmen an der davor stehenden Festtafel Platz.

Hierauf wurde der Hoftag feierlich durch einen Prolog, gesprochen von dem Hofpoeten, eröffnet. An diesen Prolog, welcher in launiger Weise die Bedeutung des Festes erörtere, schloß sich der erste Gesang („Hoch am Himmel beaust mit Sturmeswehen“ u.), welcher von der ganzen Versammlung und mit Begleitung des Orchesters gesungen wurde. Unter rauschender Intrade erhob sich nun König Arthus, um die Thronrede zu halten. Dieselbe schilderte in scherzhafter Weise die Zustände des Reiches der Tafelrunde und das Verhältniß zu den Nachbarstaaten Flandern, Brabant, Lothringen und Burgund. Nach dem Huldigungsliede, welches vom ersten Troubadour des Hofes, mit Orchesterbegleitung, vorgetragen wurde, folgte die Hofpredigt, die von der oben erwähnten Kanzel herab gehalten wurde. Sie behandelte in sehr witziger und launiger Weise das Thema: die Wichtigkeit der 3 C, repräsentirend die drei wichtigsten Worte: Collegium, Carcer, Commerz. Die Rede wurde von lebhaften Ausbrüchen allgemeinen Jubels häufig unterbrochen und schließlich unter ungeheurem Applaus beendet.

Es folgte nun die Cour, bei welcher eine Menge Personen durch die Hofchargen theils vorgestellt wurde, theils sich dem Könige Arthus vorstellen ließ, und dann die Vorlesung des ersten Theiles der Hofzeitung, die durch ihren scherzhaften Inhalt oft die allgemeinste Heiterkeit hervorrief.

Hierauf schloß sich die Ordensvertheilung, bei welcher eine ungeheure Anzahl der Reichsgrafen, Ritter und Knappen der Tafelrunde, so wie der Ritter der Nachbarstaaten und anderer Personen die verschiedensten Orden bekamen. Der Hofmarschall las die Namen der zu Dekorirenden vor, während sie durch die Herolde mit lauter Stimme vor den Thron citirt wurden.

Zu bemerken ist noch, daß sowohl während dieser Aufzüge (sobald nicht gesprochen wurde), als auch in den Zwischenpausen die anziehendsten Musikstücke von der Kapelle der Neunzehner exekutirt wurden.

Wieder thaten sich die Flügelthüren des kleinen Saales auf und es erschien eine Musikbande in dem komischsten Kostüme von der Welt. Diese mit ungeheurem Jubel begrüßte Hofkapelle postirte sich in die Mitte des Saales, um den König Arthus mit einem Konzert zu erfreuen. Der abenteuerlich aussehende Kapellmeister gab das Zeichen zum Anfang und die Geigen und Pikkelflöten, Baßgeige und Kinder-Pfeifen, Kinetrompeten, Waldteufel und Lockpfeife exekutirten in schönstem Takt die bekannte Kinder-Symphonie. Das Gelächter der Zuhörer war zuweilen unaussprechlich, während am Schlusse ein donnerndes Bravo die Bemühungen der buclesken Kapelle belohnte.

Nachdem von der ganzen Versammlung ein zweites Lied („Brüder, was jubelt ihr?“) unter Begleitung des Orchesters gesungen worden, beendete der Hofpoet die Vorlesung des zweiten Theiles der Hofzeitung. Derselbe enthielt zwei sehr scherzhafte Gedichte (das eine war eine Parodie auf Heftors Abschied), spaßhafte Anzeigen u. Die allgemeine Lustigkeit war aber bereits auf einen Grad gesteigert, daß der Vorleser oft unterbrochen und das Vorgelesene nur in der nächsten Nähe verstanden wurde.

Pöflich rauchten die Flügelthüren des kleinen Saales abermals auf und hervorschwanden 8 Tiroler, an den Händen eben so viele niedliche Tirolerinnen führend. Die letzteren Mäusenöhne hatten in der That eine so reizende und geschickte Toilette gemacht, daß Viele, namentlich die Fernstehenden, getäuscht wurden und wirkliche Damen vom Ballet-Corps vor sich zu sehen wähnten. Diese „Hoftänzer“ führten nun eine sehr charakteristische Quadrille mit sehr viel Geschick und Präzision auf, so daß der Beifall am Schlusse derselben nicht aufhören wollte, und stürmisch „da capo“ gerufen wurde. Die Hoftänzer waren denn auch so freundlich, der Quadrille noch eine gut getanzte Polka hinzuzufügen.

Es zeigte sich nun nach einer kleinen, mit Musik ausgefüllten Pause, das höchst originelle Bild eines Faktotums, der einen Esel mit einem kleinen zweirädrigen Karren führte und ein sehr witziges Couplet sang, dessen steter Refrain war: „Pakt uf, a schmeißt mich raus!“

Derselbe hatte eben unter dem schallenden Gelächter der Anwesenden den störrischen Esel bestiegen und war aus dem Saale hinaus „geführt“ worden, als sich die bewußten Flügelthüren abermals öffneten und die „Hofkünstler des Königs Arthus“ zum Vorschein kamen.

Sie waren als Pierrots gekleidet, hatten kleine (Strecken-) Pferdchen unter sich und führten in den Händen Lanzen mit Flaggen in den Farben der Lusatia. Diese Pierrot-Cavalcade führte nun eine interessante Reiter-Quadrille auf, die sehr hübsche Gruppierungen zeigte und durchweg prompt ausgeführt wurde. Rauschender Beifall begleitete diese Scene, und da der da capo-Ruf nicht enden wollte, erschienen die Pierrots noch einmal, diesmal aber ohne Pferde; und führten einige pantomimische Jongleur-Produktionen auf, die nicht mindern Beifall hervorriefen.

Mitternacht war unterdeß herangekommen, die Damen und die übrigen Gäste rüsteten sich zum Aufbruch, obwohl das Festprogramm noch zwei Nummern zeigte, nämlich das „Turnier“ und „unendlicher Jubel.“ Da man aber vernahm, daß das Turnier mit hölzernen Lanzen, alias Bierküssen, bestanden werden sollte, und man voraussetzte, daß die freundlichen Gastgeber bei dem „unendlichen Jubel“ lieber ungenirt unter sich sein wollten, so wurde der Aufbruch allgemein. Man schied, gewiß mit dem wärmsten Danke im Herzen für die so mannigfachen Unterhaltungen und gewährten Genüsse und stimmte freudig in die Lösung des Tages ein:

„Es leb' der vierte Februar —
„Der schönste Tag im ganzen Jahr!“

S. Breslau, 4. Februar. [General-Versammlung des Vereins für Kleinkinder-Bewahr-Anstalten.] Unter Vorsitz des Herrn Kaufmann Rahner versammelten sich gestern im Börsenlocale die Mitglieder, Gönner und Freunde des obigen Vereins, um den statutenmäßigen Rechenschaftsbericht anzuhören. Es war der 20. Jahresbericht, welcher den Anwesenden mitgeteilt wurde. Der Präsident eröffnete denselben mit der freudigen Versicherung, daß das allgemeine Werk der Liebe auch in diesem Jahre eine erhebliche Ausbreitung und Anerkennung gefunden. Im Laufe der Zeit haben sich die früheren Bewahr-Anstalten und diese zu Erziehungs-Instituten im christlichen Sinne herangebildet. Der Hilfsverein für den östlichen Theil des schweidnitzer Angerbezirks, welcher eine sechste Bewahr-Anstalt begründet hatte, stellte dieselbe unter Obhut des Vereins, und die Thätigkeit der an sämtlichen Anstalten wirkenden Lehrer und Erzieherinnen ließ auch im letzten Quartal nichts zu wünschen übrig. Die Beirathenden wurden von den Mitgliedern des Vorstandes fleißig besucht. Durch ihre Bemühungen konnten die Kleinen am Weihnachtsfeste reichlich beschenkt werden.

Der Kassensführer des Vereins, Herr Bankier Salice, hat die Jahresrechnung überreicht, wonach die runde Summe der Einnahme 5246 Thlr., die der Ausgaben 5093 Thlr. betrug. Die Belege stimmten durchgängig, und es erfolgte demgemäß unter Versicherung der Dankbarkeit Seitens der Versammlung, die übliche Decharge. Hierauf wurde der Etat für das nächste Jahr, in der Höhe von 1938 Thlr. genehmigt, obwohl er mit der veranschlagten Einnahmesumme um circa 100 Thlr. variiren würde. Ferner bewilligte die Versammlung von dem vorhandenen Ueberschusse des v. J. dem Lehrpersonal eine Gratifikation von 100 Thln., so wie eine Summe zur Erweiterung der Bibliothek.

Auf Antrag des Herrn Justizrath Schubert, welchem sich Herr Konfistorialrath Wachler angeschlossen, soll der Magistrat ersucht werden, entweder die Kinder über sechs Jahre in den Elementarschulen unterzubringen, da selbige eine Uebersättigung der Bewahr-Anstalten erzeugen, oder diesen für die Aufnahme solcher Zöglinge eine angemessene Entschädigung zu ertheilen.

Von den kleinen Mädchen sind im verflossenen Jahre 181 Paar Strümpfe gefertigt worden. Die Weihnachtsbescherung hat bei den meisten Anstalten in so umfassenden Maße stattgefunden, daß viele Kinder von Fuß aus neu bekleidet wurden, namentlich sammelte für diesen Zweck Hr. Vorsteher Borzig unter seinen Bekannten allein gegen 63 Thlr. An Vermächtnissen erhielt der Verein wieder recht ansehnliche Summen. Gegenwärtig besteht das Vermögen des Vereins in 13,315 Thln.

Nachdem die Versammlung Herrn Rahner von neuem zum Vorstandsmitgliede gewählt hatte, votirte dieselbe dem gesammten Vorstande und dem Revisor der Anstalten, Herrn Oberlehrer Scholz, insbesondere ihren Dank für die umsichtsvolle Geschäftsführung im vergangenen Jahre. Schließlich nannte der Vorsitzende die Mitglieder des engeren Ausschusses und des neu hinzutretenden Vorstandes der 6. Bewahr-Anstalt. Hierauf trennte sich die aus den achtbarsten Männern und Frauen unserer Stadt bestehende Versammlung unter herzlichem Segenswünschen für das fernere Gedeihen und Fortschreiten der humanen Gesinnungen, aus denen das Werk der Wohlthätigkeit, welches nun die herrlichsten Früchte trage, vor zwei Decennien hervorgegangen.

S. Breslau, 5. Febr. [Der humoristische Sänger J. Frey] ließ sich gestern Abend zum ersten Male im Café restaurant hören und erntete den ungetheilten Beifall des Publikums. Sein Humor ist der harmlose gemüthliche österreichische, sein Gesang von seltener Weichheit und Frische, wie der eines tyroler Bergsängers. Dabei besitzt Hr. Frey alle Vorzüge eines routinirten Schauspielers und versteht es, ohne Mitwirkung anderer Personen, ja selbst ohne Kostüme — denn diese sind ihm politisch untersagt — eine jede Gesellschaft aufs Angenehmste zu unterhalten. Uebersetzt wird Hr. Fr. von einer jungen Gattin, welche die Cyther fertig spielt, und von einigen Streichinstrumenten wacker unterstützt. Wer die Frey'schen Konzerte einmal besucht hat, wird sich durch die dargebotenen Genüsse, namentlich aber von den witzigen Couplets und Improvisationen des Sängers so angesprochen fühlen, daß er gewiß bald wiederkehrt.

Breslau, 5. Febr. [Polizeiliche Nachrichten.] Feuer. Am 3. d. Mts. Abends gegen 8 Uhr brach in einer Bodenkammer des Hauses Nr. 1, kleine Scheitnigerstraße, Feuer aus, wurde jedoch durch einen hinzugekommenen Mitbewohner jenes Hauses im Entfachen gelöscht, so daß es zu einem öffentlichen Feuerlärm nicht kam. — Das Feuer ist durch die Unvorsichtigkeit eines 14 Jahr alten Mädchens entstanden.

Am 3. d. wurde hierorts ein Individuum, angeblich Bürger und Hausbesitzer zu Neumarkt, verhaftet, welches in der Nacht zum 31. v. M. einem Kaufmann zu Neumarkt aus dessen Wohnung mittelst gewaltthätigen Einbrechens durch das Fenster in dieselbe, eine Cylinderruhr mit goldener Kette entwendet und diese an einen hiesigen Handelsmann für 12 Thlr. verkauft hatte.

Entwendet wurden: in der Nacht zum 31. v. Mts. einem Kegerberg Nr. 28 wohnhaften Tischlermeister, aus der gewaltthätig erbrochenen Bodenkammer 8 Stück Betten; am 1. d. einer Breitenstraße Nr. 10 wohnhaften Schuhmacherfrau, angeblich aus einem in ihrer Wohnung befindlichen verschlossenen Schube 15 Thlr. bares Geld, einige Bekleidungsstücke und mehrere Stück Wäsche; am 2. d. einem Neufeldstraße Nr. 32 wohnhaften Getreidemäher, aus der gewaltthätig erbrochenen Bodenkammer eine Anzahl Wäsche theils S. L., M. P., L. L. und M. L. gezeichnet.

Nähere Recherche hat ergeben, daß bei dem in der Nacht zum 2. d. M. in Nr. 13 Altstädterstraße verübten (durch die gestrige Zeitung) verurtheilten) gewaltthätigen Diebstahl, außer dem bereits bezeichneten Gelde c., noch ein goldener Trauring (eingetragener B. S. d. 11. Mai 1847) und 1 Siegelring mit Goldtopas (durchbrochene Arbeit), 1 Scheere und 1 Brille entwendet worden sind.

Als wahrscheinlich entwendet wurden am 4. d. M. im Gasthause zum letzten Heller 2 Schf. Korn und 2 Schf. Gerste in Beschlag genommen. Dieses Getreide war am Morgen des 4. d. durch 3 Männer auf einer Radweg nach jenem Gasthause gebracht und dort zum Kauf ausgetrieben worden. Bei der Ankunft des davon in Kenntniß gesetzten Gendarmen ergriffen zwei der Männer die Flucht, der dritte wurde festgenommen.

(Nachtrag.) Bei näherer Feststellung der Entstehungs-Ursache des in Nr. 1 kleine Scheitnigerstraße ausgebrochenen Feuers hat sich ergeben, daß nicht nur Unvorsichtigkeit Seitens des 14jährigen Mädchens obgewaltet, sondern daß dieses das Feuer gefählich aus Bosheit dadurch verursacht hat, daß es absichtlich mit der brennenden Lampe unter die Kleider getreten. Als Motive ihrer That giebt die Thäterin an, daß sie nicht satt zu essen bekommen habe, und daß sie durch andere Personen aufgereizt worden sei, sie möge suchen, auf irgend eine Weise aus der Gewalt ihrer Pflegerin zu entkommen, denn alsdann müsse sie ins Armenhaus aufgenommen werden, wo sie es besser haben werde. Die junge Brandstifterin ist bereits verhaftet.

Breslau, 5. Februar. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 3. d. Mts. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird unverändert angenommen. Tagesordnung: 1) Mittheilungen, 2) Auswanderungs-Geographie, 3) Fragekasten.

1) Die Bremer Auswanderer-Zeitung brachte noch zwei Artikel über die Beförderung auf Schiffen, in welchen die Vortheile der Beförderung der Auswanderer von Seiten der Schiffe-Abnehmer oder Expedienten auf den Günstigsten vor Augen gestellt wurden. Namentlich ist die Selbstbeförderung mäßig wegen der Ueberschreibungen beim Proviant-Einkauf und wegen der Unmöglichkeit, den Proviant auf den Schiffen selbst zu bereiten. Darum ist die Beförderung deutscher Auswanderer durch hantwörter oder Bremer Schiffe ausschließlich anzupfehlen. Wie übel außerdem ein deutscher Auswanderer auf ausländischen Schiffen daran sei, möge folgendes Beispiel darthun. Ein Israelit aus dem Großherzogthum Hessen hatte via Liverpool kontrahirt und schon in Hamburg auf Fleischielerungen ausbedungen, allein der Liverpooler Agent verweigerte die Fleischielerung mit den Worten: kocheres Fleisch habe er nicht, und unkocheres wolle er nicht geben, weil er sich dadurch verurtheilen würde. Der Passagier mußte also ohne Fleisch abfahren und bekam die ganze Reisezeit auch nicht einen Bissen. Die übrigen gelieferten Speisematerialien waren schlecht, das Brod verschimmelt und wurmig, der Zucker und Syrup stinkend, das Grießmehl bitter und verkommen, nur der Thee war erträglich. Der Kochraum dagegen sehr klein, und die gelieferte Wassermenge so gering, daß er höchstens alle zwei Tage an Theeabkochung denken konnte. An den Feuerherd war nur nach Erbuldung von Stößen und Schlägen zu gelangen. Auf diese Weise war der Passagier genöthigt, von Mitreisenden an 20 Rthl. Lebensmittel zu kaufen. In Folge der erlittenen Behandlung und Entbehrung ward er nach seiner Ankunft in New-York krank. Noch übler erging es einem Mitreisenden, Caro, aus Bromberg. Derselbe wurde von den Matrosen des Schiffes eines Tages gewaltsam aus seiner Schlafstelle auf das Deck geschleppt, dort entkleidet, mit 30 Eimern Wasser übergossen und mit einem groben Besen gestrichelt, so daß er am ganzen Körper wie geschunden war. Erstarrt und leblos wurde er darauf wieder in seine Schlafstelle gelegt. Die Folgen der Mißhandlung haben ihm in New-York schon 20 Dollar Arznei-Ausgaben gekostet und auf dem Schiffe hat auch er für mehr als 20 Rthl. Proviant kaufen müssen, trotzdem daß die Beförderung kontraktlich ausgemacht war. — Ein Brief aus Manitowoc, Wisconsin, schildert diesen Staat als vorzüglich für deutsche Auswanderer geeignet, namentlich auch darum, weil dort verhältnismäßig die größte Zahl Deutscher ist. Manitowoc ist ein ausblühender Ort, nördlich von Milwaukee, der bereits mit New-York in direktem Verkehr steht. Die Landbau-Produkte finden reichenden Absatz, der Boden ist fruchtbar, enthält nirgends Sumpfland, mithin keine Fieberstoffe und das Klima ist dem deutschen Klima fast entsprechend. Die Reise von New-York bis dahin kostet gegen 9 Dollar. Schreiber des Briefes rath, so wenig Gepäck als möglich mitzubringen, und warnt vor der Bezahlung der Reiseroute im inneren Amerika, wozu Auswanderer häufig schon in Bremen und Hamburg zu verführen gesucht werden. — Solche, die nach Chile auszuwandern gedenken, können sich an Herrn C. Fr. Haebler in Jittau wenden. — Unter der Bevölkerung des Staates Illinois mit 851,470 Köpfen überwiegt die männliche um 45,000. — In Cincinnati haben sich in den letzten 60 Tagen mehr als 1000 Deutsche niedergelassen.

2) Der Vorsitzende nahm die Staaten Wisconsin, Iowa, Indiana und Illinois durch, und zeigte dabei das Nöthige auf der großen Landkarte. Am Schlusse bemerkte derselbe, daß diese Staaten, nebst Ohio und Michigan im Allgemeinen empfehlenswerth seien. Texas habe große Vorzüge, aber auch große Bedenlichkeiten. Außerdem sei nur noch Chile für Deutsche anzurathen.

3) Ziel aus. Die von 11 Gästen besuchte Sitzung schloß noch vor 9 Uhr. C. W.

Aus dem Riesengebirge, Febr. [Ehemaliger Wohlstand. — Jetztige Nahrungslosigkeit. — Theuerung. — Chauffeebau. — Wohlthätigkeit. — Hütte. — Prediger-Bakanz.] Alles Menschliche wechselt. Im vorigen Jahrhundert prangte durch den üppig blühenden Leinwandhandel unser ganzes Gebirge in der glänzendsten Wohlhabenheit. Hoffart und Uebermuth gingen, wie gewöhnlich, mit dieser Hand in Hand. Spielend wurden Hunderttausende „verdient“. Goldschiffe aus der neuen Welt ankerten in europäischen Häfen, Kisten und Kasten von Hirschberg, Greiffenberg, Schmiedeberg, Landshut, Waldenburg u. zu füllen. Die Gnadenkirche an erstem Orte strotzte von Vergoldungen. Ein einziger Kaufmann beschenkte sie mit einer Orgel und den dieselbe umfassenden Freskomalereien, 30,000 Gulden an Werth. Eine ganze Menge von Gräften stiegen großartig mit fürstlicher Pracht empor. Ein einziges Handlungshaus pflegte alljährlich am Entfeste für besondere Zwecke 10 baare Dukaten in den Klingelbeutel zu stecken. Arme Weber, die anfänglich auf dem Schubkarren ihre paar Schocke Leinwand zu Markte gefahren hatten, endeten als Millionäre. Massermangeln von Mahagoni wurden gebaut. Der Kaufmann blähte sich stolz in seiner Karosse. War der Markt in der Stadt gut gewesen, schwelgten die dörflichen Weber in dem Weinhaue und jubelten zu dem Schnedderdeng des Posthorns, unter dessen wohlbezahlem Blasen sie im genommenen Extrapoßwagen den kurzen Weg zur Heimath kutschten. Noch in die ersten Jahrzehnte des laufenden Jahrhunderts herein schimmerte die Abendröthe der theils mit, theils ohne Schuld der Betheiligten nach und nach unter sinkenden Sonne. Aus dem trübseligen gewerblichen Schiffbruche schwimmt nur noch einzelnes Gerümmer umher. Schon seit geraumer Zeit naget, mit wenigen glücklichen Ausnahmen, die zahlreiche Klasse der blutarmen, aber meistens kinderreichen Weber und Spinner in den stundenlangen, wonnenvoll schön gelegenen Gebirgsdörfern am Hungertuche. Zu der steigenden, bitteren Armuth gesellt sich grinsend ein furchtbar drohendes Gespenst, die Besorgnis einer steigenden Theuerung. Schon die Anfänge möchten manche wackere Familie, trotz der alleräußersten Arbeitsamkeit und Spar-samkeit, an die Abgründe der Verzweiflung treiben. Die Brodchen sind aus selbstver-benden Gründen allezeit hier auf den Bergen theurer als in der Ebene. Jetzt sind sie noch mehr denn vorher zusammengeschrumpft, schon jetzt zum Leckerbissen für viele jam-mervolle Hütten geworden. Herzerreißend ist der tiefere Einblick in das Innere der Lektoren, wo die bleiche Sorge für das Morgen bei einem spärlichen, nackten Kartoffel-gerichte kaum das Leben sich fristet. Staats- und Gemeindeabgaben für das schlaffe Beutelschen, auch beim besten Willen, unerschwinglich. Das herrliche Schmotzfeissen, dessen buchstäblich Millionen goldener Aepfel letzten Herbst das Auge des Durchreisenden entzückten, muß trotz dem bereits seit einiger Zeit Woche für Woche gegen 20 Thlr. Armenbrod an die Hungernden spenden. Eine einzige solche Thatsache schreiet laut anstatt vieler ähnlichen, welche hier namhaft gemacht werden könnten. Und was das Nüchternste ist, die doppelte, centnerschwere Drangsal wird — Ausnahmen stoßen die Regel nicht um — von dem Mehrtheile der Bedrückten mit einer stillen Geduld, einer

unerschütterlichen Gottergebenheit und einer häuslichen Ordnungsliebe ertragen, in welcher der ungefärbte Christenglaube seine Verklärung findet. Die Geräthe, die Betten — wenn diese überhaupt noch da sind — höchst ärmlich in Zahl und Materie, aber durchweg sauber und reinlich. Die Kleider der Kinder fadenförmig und knapp die Blöße bedeckend, aber nett und schneeweiß, zumal am Tage des Herrn. Zu seiner Zeit zarte Blumenpflege auf den paar Quadratfuß Garten um die baufällige Hütte her. Zu seiner Zeit mühseliges Holzlefen und Beerenpflücken im Busche. Zu seiner Zeit unermüdbare Versuche, im Schweiße des Angesichts den steilen, felsigen Höhen mindestens einige Frucht abzurufen. Arbeitgeben ist in solcher Trübsal das heilsame Trachten der öffentlichen Behörden. Wie vor zwei Jahren die Anlage der wundervollen Chaussee von Petersdorf längs dem murmelnden Wellenschlage des schäumenden Zacken, mit Umgehung aller Berge in Schreiberhau, dem Rettungshause vorüber, nach der böhmischen Grenze zu, Wielen Brod ins Haus trug, so ist man jetzt eben ernstlich beflissen, durch Chausseierung des Postweges von Hirschberg über Grünau bis an die Grenze des Löwenberger Kreises vielen Arbeitern Verdienst zu bieten. Ebenso reicht die Staatskasse mehrere tausend Thaler dar für gleiche, längst ersuchte Chausseierung der Fortsetzung dieser zu Zeiten grundlos gewesen Poststraße durch Langenau, Lahn, Schiefer, Karlsthal, Löwenberger Kreises, bis sie in die Kunststraße von Klein-Röhrsdorf mündet, welche durch Löwenberg der Eisenbahn bei Bunsau entgegenführt. Der Löwenberger Kreis wird sicherlich das Seinige beitragen, das doppelt heilsame Werk der Vollenbung näher zu rücken. Schade nur, daß eine sitzende Lebensweise mit den weichen Händen am feinen Webstuhle wenig geeignet ist, eine Vorschule zu sein für den burschen Umgang mit dem harten Gestein einer Kunststraße. Indes — Noch lehrt beten, auch Ungewohntes und Widerspenstiges derb angreifen. Die private Wohltätigkeit fährt fort, mit den öffentlichen Anstrengungen zu wetzeln. Zu Gunsten armer Weber-Familien hat die Geschicklichkeit vieler Frauenhände ungefähr 300 allerliebste Arbeiten auf den Altar der freigebigen Milde niedergelegt. In den drei Bergen zu Hirschberg war am 29. v. M. die vielbesuchte Ausstellung dieser weiblichen Kunstwerke. Am nächstfolgenden Tage waren bereits ungefähr 1900 Loose zu 5 Sgr. dafür abgesetzt. Den 3. d. M. erfolgt die Ziehung. Das Geld soll keinesfalls zu direktem, baarem Almosen verwendet werden, sondern um allerlei Arbeits-Material davon möglichst wohlfeil anzuschaffen, und dann die angefertigte Arbeit über den Werth zu bezahlen. — Vor ein paar Wochen wurde im „Sattler“ unweit des „Raubschlosses“ am „Thurmsteine“ in der romantischen Wildnis am brausenden Bober zwischen Hirschberg und Bober-Röhrsdorf von einem Förster, der ersten Sage nach, eine Höhle entdeckt. Bei genauerer Beleuchtung verwandelte sich die Höhle in eine, übrigens ordentlich geputzte Hütte, an einen Felsen angelehnt. Ueber Ursprung und Gebrauch derselben hat es nicht an kopferbrecherischen Muthmaßungen gemangelt. Ein Zigeuner-Bandchen, das vor ein paar Jahren durchs hirschberger Thal zog und durch allerlei Diebereien sich kund gab, soll sie als Herberge bewohnt haben. Doch scheint sie jüngerer Herkunft. Holz und Nägel sahen ganz neu aus. Das improvisierte Bauwerk ist übrigens schon niedergefallen. Wie man hört, soll es trotz der verbotenen Zeitläufe doch der Phantastie eines Ziegler freigestellt bleiben, an diese mysteriöse Hütte irgend ein lustiges, duftiges Lust-, Jagd-, Liebes- oder sonstiges Abenteuer zu knüpfen. — In Löwenberg ist eine Prediger-Vakanz. Zufolge derselben sollen sich 45 Bewerber gemeldet haben. Also wegen etwa zu besorgender Kandidaten-Überführung, wie dergleichen neulich nach einer neulichen statistischen Berechnung etwa hätte befürchtet werden mögen, noch vor der Hand kein Bangen! Entschieden ist über das Loos der harrenden Bewerber, wie verlautet, noch nichts. E. a. w. P.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Breslau, 4. Februar. [Vorlesungen von Branitz.] In der vierten Vorlesung ging der Redner auf Frankreich über. Er charakterisierte das Prinzip des französischen geschichtlichen Lebens als Personalismus gegenüber dem englischen Realismus. Die Entwicklung schreitet daher in Frankreich nicht in strenger Folgerichtigkeit vorwärts, sondern ist von der Willkür und Leidenschaft einzelner hervorragender Persönlichkeiten abhängig. Die bedeutendsten, entscheidendsten Begebenheiten führen sich auf kleinliche, persönliche Motive zurück. Der König hatte sich schon im Anfang des 16ten Jahrhunderts von den Ständen ziemlich unabhängig gemacht; er leitet den Staat, während er selbst wieder von Anderen geleitet wird, — von Männern und Frauen. Der Redner weist dies an der Regierung Franz des Ersten nach, dessen Hofleben er in sehr anschaulicher Weise schildert. Jenem nationalen Prinzip gemäß muß man daher in religiöser Beziehung fragen: wie verhielt sich der König zur Reformation? Franz I. und Heinrich II. unterstützen die deutschen Protestanten, um den deutschen Kaiser zu schwächen, während sie die Protestanten im eigenen Lande aufs strengste verfolgen. Wenn die Familie der Bourbonen (Anton von Bourbon, Condé) für die Protestanten Partei ergreift, so geschieht es meist aus der Absicht, um dadurch den Guisen entgegen zu treten. Um Letzteren zu schmeicheln, weiß Katharina von Medicis — in Italien erzogen in der machiavellistischen Politik des Wortbruchs, des Mordes, der Treulosigkeit — die Bluthochzeit herbeizuführen. Der Redner entwirft ein lebendiges Bild der Staatstheorie Machiavellis. Darauf charakterisiert er Langueurs, Abwehr der Tyrannen, durch welches Buch der Verfasser dem Machiavellismus entgegen wirken wollte, und in der That auch die öffentliche Meinung vielfach rektifizierte. Daran schloß sich eine Schilderung der legitimistischen Staatstheorie Jean Bodins.

Auf die poetische Literatur in der fünften Vorlesung übergehend, nennt der Redner die „Erzählungen“ Margarethens von Navarra und zeigt, wie dieselben sowohl formell durch die große Ungenauigkeit des Ausdrucks, als auch materiell durch ihre dem Zeitalter entnommenen Schilderungen ein treues Abbild der sozialen Zustände jener Epoche sind. Diese sind auch charakterisiert durch den Eynismus in Rabelais „Gargantua und Pantagruel“, worauf der Redner übergang und worin er die französische Negativität und Gleichgültigkeit gegen alles Ideale nachwies, sowie das in der französischen Literatur eigenthümliche Prävaliren der Persönlichkeit des Schriftstellers, welche Erscheinung auch noch in der klassischen Periode hervortritt. Als eine Vorahnung der späteren französischen Philosophie bezeichnet der Redner die „Essais“ von Montaigne, welche Verachtung des Wissens lehren, einen Augenblick dem „Glauben“ das Wort zu reden scheinen, indem sie dem Menschen empfehlen, sich in den Glauben hinein zu retten, in Wahrheit aber auch diesen fallen lassen und den Zweifel zur wahren menschlichen Weisheit erheben wollen. Die Analyse dieses Buches war um so meisterhafter, da der

Redner hier sein eigenes Fachgebiet betrat. — Das Ende des 16. Jahrhunderts ist für Frankreich durch einen großen Monarchen bezeichnet, Heinrich IV. Der Redner schildert ihn in seiner großartigen Thätigkeit, welche darauf gerichtet ist, die Wunden des Landes zu heilen, den Boden des Landmannes zu entlasten, die Finanzen zu reformiren u.

Die sechste Vorlesung zeigte, wie die Wirkungen der vortrefflichen Regierung Heinrichs IV. unter Ludwig XIII. alsbald verschwanden und die alten Kavalen der Abels-partei wieder hervortraten. Der Redner schildert in Richelieu den Mann, welcher die neu sich regenden aristokratischen Mächte bändigt, die absolute Macht der Krone wieder herstellt, der Macht Frankreichs im Auslande Anerkennung verschafft, in Mazarin aber dem Reiche den von ihm gebildeten Nachfolger hinterläßt, welcher über die während der Regentschaft sich wieder regenden inneren Unruhen siegreich ist, und sterbend an Ludwig XIV. ein innerlich beruhigtes Reich hinterläßt. Der Redner zeigt, wie theils durch Glücksumstände (die politische Ohnmacht der Nachbarn), theils durch Regierungstalent Ludwigs (der es verstand, sich mit tüchtigen Männern zu umgeben), Frankreich die allein maßgebende Macht in Europa wurde, bis der spanische Erbfolgekrieg den französischen Thron verdunkelt, und durch das Verfahren Ludwigs gegen Protestanten und Jansenisten die Herzen eines großen Theils der Nation ihm entfremdet werden. Nachdem unter der Regentschaft des Herzogs von Orleans die Frivolität des Hoflebens sich den höhern Ständen mitgetheilt und die Lavische Finanzspeculation die Zerrüttung der Finanzen vermehrt hat, sucht Ludwigs XV. Minister, Kardinal Fleury, den Verfall Frankreichs eine zeitlang aufzuhalten, doch nach seinem Tode wird der Einfluß Frankreichs völlig gebrochen.

Zwar begann der Redner noch in der sechsten Vorlesung die Offenbarung des nationalen Geistes dieser Periode in Kunst und Wissenschaft zu betrachten, doch geschah es mehr, um zur siebenten Vorlesung hinüber zu leiten. Von dieser ist abgesondert zu handeln. Dieselbe trat extensiv und intensiv als eine großartige Leistung vor das Publikum. Die Kritik der französischen Poesie des 17ten und 18ten Jahrhunderts und die Darstellung der Philosophie dieses Zeitraumes haben dem Redner die ungetheilte Bewunderung seiner Zuhörer erworben. Dieselben fühlen sich noch bis diesen Augenblick von dem Eindrucke seines Vortrages beherrscht.

— **Glogau, 2. Februar.** [Mendelssohns „Antigone“] kam vorgestern Abend auf Veranstaltung unserer Liedertafel nach längerer sorgfamer Vorbereitung und Einstudirung zur Aufführung. Wie bereits früher gemeldet, theilte sich dabei Mitglieder der Liedertafeln von Sprottau, Liegnitz, Grünberg, Züllichau, Primmkau, Freistadt und Fraustadt; letztere Beiden am zahlreichsten vertreten. Der Sängerkhor war 140—50 Mann stark, wovon nahe an hundert Auswärtige; das Orchester, bei dem nicht vielen Proben, im Ensemble recht brav, von den massenhaften, markigen, mit trefflicher Abrundung exekutirten Chören fast überwältigt, — zählte an 50 Mitwirkende, worunter der Instrumentalverein. Die Aufführung war eine würdevolle, glänzend gelungene, wie sie selbst strenger Kritik genügt haben würde; ein Beweis, mit welchem Fleiß und mit welcher Ausdauer die Gesamtkräfte an die Einübung dieses nicht so leichten Werkes gegangen und verdienen somit die auswärtigen Sängervereine nicht den kleinsten Theil aufrichtiger Anerkennung; nicht minder aber auch der thätige und umsichtige Dirigent, Direktor unserer Liedertafel, Kantor Knobloch. Die Deklamation war in sicheren, guten Händen. Die „Antigone“ sprach die mit höchst sonorem Organ begabte Mad. Scholz, als recht wackeres Mitglied der Keller'schen Schauspielergesellschaft beim Publikum beliebt; die Partie des Königs Kreon u. s. w., Hr. Buchhändler M. Hofstein, welcher die Hauptmomente besonders recht brav zeichnete, wie wir dies von der Aufführung der „Athalie“ und des „Faust“ her, an ihm gewohnt sind. Der gefüllte Saal zeigte von dem anerkannten Kunstsinne der Glogauer; die Einnahme, à Billet 12 1/2 Sgr., betrug 160 Thlr.

Dieser musikalischen Aufführung, welche in den Annalen nicht nur unserer Liedertafel, sondern überhaupt der hiesigen musikalischen Zustände ein Glanzpunkt sein und bleiben wird, folgten nun noch die Festivitäten. Eine durch freiwillige Beiträge von Freunden unserer Liedertafel beschaffte, höchst werthvolle, und von zarten Frauenhänden kunstvoll und sauber in Seide und Gold gearbeitete Fahne, wurde dem Vorstande überreicht, welcher in kurzen, beziehungsreichen Worten seinen Dank aussprach. Die Fahne, während der Aufführung an der hinteren Bühne des Konzert-Saales entfaltet, zeigt auf der einen Seite in goldner Schrift die trefflichen Worte unseres großen Dichters: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben; bewahrt sie,“ auf der andern Seite eine Lyra mit untergelegtem, aufgeschlagenem Notenbuche die Partitur des herrlichen Mendelssohnschen Liedes: „Wer hat dich du schöner Wald“ u. enthaltend, umgeben von grünen Zweigen und der Umschrift: „Der glogauer Liedertafel von ihren Freunden.“ Diesem Panier folgend, begaben sich die Sangesbrüder und andere geladene Gäste (der Vorstand des Gesang-Vereins und die Mitglieder des Instrumental-Vereins) in den obern Saal zur reichbesetzten Tafel, die nahe an 200 Couverts zählte. Der erste Toast, ausgebracht vom Hrn. Appellationsgerichtsrath Wenzel, galt Sr. Majestät dem Könige, als dem mit hohem Kunstsinne begabten Monarchen, dem wahren, treuen Beschützer der Künste und Wissenschaften und wies der geehrte Redner besonders darauf hin, wie auf Veranlassung Sr. Maj. unsern allverehrten Königs „Antigone“ geschaffen worden sei. Fernere Toaste der mannigfachen Art und in den verschiedensten Beziehungen wechselten mit heiteren Tischliedern ab, wovon namentlich das eine, gedichtet von einem aktiven Mitgliede der hiesigen Liedertafel, M. H., wegen seines pikanten Humors, einen wahren Beifallsturm nach jeder einzelnen Strophe hervorrief. Die ungetrübteste Heiterkeit, der größte Frohsinn und die durch keine Dissonanz gestörte Harmonie, hielt die frohen Kunstjäger bis in die ersten Stunden des kommenden Tages vereint. Hr. Musik-Direktor Tschirch aus Liegnitz, welcher sein Kommen zu diesem Sängerkreise en miniature (dies Schlagwort will Ref. jedoch keineswegs auf die musikalische Aufführung bezogen wissen) zugesagt und dem das Diplom als Ehrenmitglied hiesiger Liedertafel an diesem Abend überreicht werden sollte, war durch plötzlich eingetretene Familienverhältnisse verhindert worden, zu erscheinen. Sein Kollege, Herr Musikdirektor Gähler u. aus Züllichau, war mit noch 16 Mitgliedern des dortigen Vereins anwesend. — Auch der Armen wurde bei den Tafelfreuden nicht vergessen und betrug die veranstaltete Sammlung 11 Thlr.

Der folgende Abend beschloß das Fest mit einem stark besuchten Balle, dem noch viele auswärtigen Liedertäfler beizuwohnen. — Dank allen Denen, welche uns in doppelter Beziehung diese genussreichen Stunden verschafften. Es grüne und bläue der deutsche Männergesang!

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Das Geständniß im Strafprozeß. II.] Daß in der Regel die Gerichte aus dem offenen Geständniß eines Angeklagten einen Grund entnehmen, um auf eine niedrigere Strafe zu erkennen, als dem leugnenden Angeeschuldigten gegenüber anzuwenden sein würde, ist bereits in dem ersten Artikel erwähnt worden. Eine andere Frage jedoch ist es, ob das Geständniß als ein mildernder Umstand in der im Strafrechte diesem Ausdruck beigelegten technischen Bedeutung anzusehen ist.

Bekanntlich gestattet das neue Strafgesetzbuch bei vielen Gesetzesübertretungen dem Richter, für den Fall, daß mildernde Umstände als erwiesen angenommen werden, unter den niedrigsten Grad der auf das betreffende Vergehen oder Verbrechen gesetzten Strafe herabzugehen, oder vielmehr, es setzt für diesen Fall ein geringeres Straf-Minimum fest. Würde nun das Geständniß von dem Richter als ein solcher mildernder Umstand betrachtet, so würde in denjenigen Fällen, in denen eine Berücksichtigung mildernder Umstände überhaupt für zulässig erklärt ist und in denen außerdem auch den nicht-geständigen Gesetzesübertretungen gegenüber kein Grund vorliegt, über das niedrigste gesetzliche Strafmaß hinauszugehen, bei dem geständigen konsequent unter das Straf-Minimum herabgegangen werden müssen.

Daß in der That auch der nichtgeständige Uebertreter, wenn seine That darnach qualifiziert ist, sehr häufig nur mit der niedrigsten gesetzlichen Strafe belegt wird, dafür bieten die Gerichtsverhandlungen fast täglich Belege. Man kann sogar annehmen, daß dies niedrigste Strafmaß, wenn der Angeeschuldigte bisher unbescholten war und überall keine erschwerenden Umstände vorliegen, fast in der Regel angewendet wird, das Hinausgehen über dies niedrigste Maß unter solchen Umständen aber nur die Ausnahme bildet. Daraus folgt denn, daß, wenn das Geständniß ein mildernder Umstand in dem oben angedeuteten technischen Sinne des Wortes wäre, die Gerichte auch häufig in den Fall kommen müßten, bei einem offenen Geständniß und auf Grund desselben unter das niedrigste Strafmaß herabzugehen.

Nichtsdestoweniger ist uns bisher auch nicht ein einziger Fall bekannt geworden, in welchem dem Geständniß an und für sich allein eine so weit gehende Berücksichtigung wäre zu Theil geworden.

Die gerichtliche Praxis kann also das Geständniß als einen wahren mildernden Umstand nicht ansehen.

In der That kann auch dem Geständniß, wenn wir den Maßstab der strafrechtlichen Prinzipien dabei anlegen, diese Bedeutung nicht beigelegt werden.

Denn die Umstände, welche der Richter bei der Beurtheilung der Strafbarkeit einer Gesetzesübertretung zu erwägen hat, können sich immer nur auf die That selbst und den innern Zustand des Thäters zur Zeit der That beziehen. Die wenigen Ausnahmen von dieser Regel bestätigen die letztere oder bewähren sie überhaupt gar nicht. Die eine Ausnahme liegt in der Berücksichtigung der Vorbestrafungen als Schärferungsgrund. Sie bestätigt die Regel. Denn wer mit Rücksicht auf früher erlittene Bestrafungen wegen einer neuerdings begangenen Gesetzesübertretung härter gestraft, ist dieser härteren Strafe aus dem Grunde verfallen, weil anzunehmen ist, daß der böse Wille, mit dem er zur That geschritten, bei ihm in höherem Grade vorhanden gewesen, als bei einem bisher Unbescholtenen, der sich eine gleiche Uebertretung zum ersten Male hat zu Schulden kommen lassen.

Die zweite Ausnahme liegt darin, daß gegen unzurechnungsfähige Personen eine wirkliche Strafe nicht ausgesprochen werden kann, auch wenn dieser Zustand erst nach der That eingetreten ist. Der Grund dieser Abweichung liegt aber theils in der tiefen, rechtlichen Bedeutung der Strafe, welche stets als eine Einwirkung auf den verbrecherischen Willen sich charakterisirt, theils macht die Unmöglichkeit eines gesetzmäßigen Untersuchungsverfahrens gegen einen Unzurechnungsfähigen ein ordentliches Strafurteil unmöglich. Dieser Fall berührt mithin unsere Regel gar nicht.

Ganz anders verhält es sich mit dem Geständniß.

Dasselbe tritt immer erst nach der That ein, kann also niemals als ein die That begleitender Umstand angesehen werden. Es hat also an und für sich nach richtigen strafrechtlichen Prinzipien gar keine Bedeutung, auch nicht einmal insofern, als es für den Geständigen etwa die Vermuthung der Reue begründen könnte, weil es sich dabei immer um einen erst nach der That eingetretenen Zustand handelt.

Wohl aber kann das Geständniß einen Rückschluß auf die Gemüthsverfassung des Schuldigen zur Zeit der That, beziehungsweise auf die Moralität der Handlung gestatten, und auf diese Weise ein Grund zur Annahme mildernder Umstände werden.

Hiermit glauben wir das Geständniß auf seine wahre Bedeutung zurückgeführt und zugleich den Maßstab bezeichnet zu haben, mit dem der Werth desselben in einzelnen Fällen zu bemessen ist.

Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.

Der Staatsanzeiger Nr. 30 enthält eine Verf. des Handelsministers v. 24. Jan., wonach nur diejenigen Postbeamten zum Tragen des silbernen (Offizier-) Portepées und der silbernen (Offizier-) Gordons zur Civil-Uniform berechtigt sind, welche entweder Landwehroffiziere sind, oder denen bei ihrer Verabschiedung als Offiziere die Erlaubniß zum Tragen der Uniform oder Armeuniform erteilt worden ist. Feldwebel, Wachmeister, Oberfeuerwerker u., denen das Forttragen der Uniform ihres Grades gestattet ist, haben daher zur Civiluniform — sofern zu derselben ein Degen oder Seitengewehr gehört — nicht das silberne, sondern das Civil-Portepée von Gold und dunkelblauer Seide anzulegen.

Der Staatsanzeiger Nr. 31 enthält: eine Verf. des General-Postamtes v. 23. Januar, wonach die ermäßigte Kreuzbandtaxe auf Sendungen mit ungebührlichen Zusätzen auf der Adresse, auch wenn diese Zusätze nur mittelst Stempels u. bewirkt worden sind, nicht Anwendung findet;

eine Cirk.-Verf. des Finanzministers v. 7. Januar, wonach fortan in Bezug auf den Miethsbetrag für Dienstwohnungen der Zoll- und Steuerbeamten ein Unterschied zwischen fiskalischen und gemietheten Gebäuden nicht zu machen ist, sondern die Beiträge der Beamten zur Wohnungsmiethen für gemiethete Dienstgebäude und Lokale nach demselben Verhältnisse wie bei fiskalischen Gebäuden festgestellt und mit 5 Prozent vom Gehalte im Etat ausgeworfen werden sollen;

eine Cirk.-Verf. des General-Direktors der Steuern vom 19. Dez. 1851 — betreffend die Befugniß des großherzoglich sächsischen Amtes Osheim zur Ausfertigung von Uebergangsscheinen;

eine Verf. desselben vom 13. Januar, worin die Steuerbehörden angewiesen werden, daß bei der Revision übergangsabgabepflichtigen Weins in Preußen möglichst schonend verfahren und in Fällen, wo die Abnahme des angelegten amtlichen oder Privatverschlusses zum Zwecke der Revision nothwendig erscheinen möchte, jedesmal ein neuer amtlicher Verschluss angelegt werde.

Das Amtsbl. der königl. Regierung zu Plessig Stück 5 enthält:

eine Bekanntmachung des Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien vom 28. Jan., daß die im Jahre 1848 emittirten und durch das Schwarzburg-Rudolstadtische Gesetz v. 30. Mai 1851 zum 1. Jan. d. J. präskribirten Kassenbilletts nur noch bis zum 15. Februar d. J. bei der k. k. Haupt-Landes-Kasse zu Rudolstadt eingelöst werden; eine Verordn. der königl. Regierung zu Plessig v. 17. Jan., welche festsetzt, daß bei Neubauten auf dem platten Lande, sowohl zwischen den neu aufzuführenden Gebäuden unter einander, als auch zwischen diesen und den bereits vorhandenen Gebäuden, wenn dieselben sämtlich massiv gebaut werden, resp. gebaut sind, eine Entfernung von mindestens 15 Fuß, sonst aber eine Entfernung von mindestens 30 Fuß stattfinden muß; eine Verordn. derselben v. 27. Jan., worin der Schluß der niederen Jagd für den dortigen Regierungsbezirk auf den 7. Februar festgesetzt wird.

Kleine Nachrichten.

[Der Bucherprozeß gegen den Bankier Böcker und Gen. zu Berlin] hat zu einem tragischen Ende geführt. Der Haupt-Angeklagte hat, obwohl das ihn unter Überkennung der Nationallotterie verurtheilende Erkenntniß noch nicht rechtskräftig war, seinem Leben ein Ende gemacht. Nach dem Publizisten sollen gegen denselben nur zwei Fälle vorgelegen haben. Das neue Strafgesetzbuch straft nur den gewohnheitsmäßigen und den verdeckten Wucher. Es wäre also fraglich gewesen, ob der zweite Richter das Vorhandensein von diesen zwei Fällen zur Annahme eines Gewohnheits-Wuchers würde für ausreichend erachtet haben. Im Verneinungs-falle hätte der Angeklagte freigesprochen werden müssen.

[Spiel in ausländischen Lotterien.] Nach einer Entscheidung des Berliner Kammergerichts ist angenommen worden, daß neben dem Strafgesetzbuch, welches das Spiel in auswärtigen Lotterien nicht verbietet, das Gesetz vom 15. Juli 1845, worin dies Verbot ausgesprochen wird, noch Gültigkeit habe. Einer ausföhrlichen Entgegnung des Advokat-Anwalts Dorn ungeachtet, hat dieser Gerichtshof das gegen Spielen in auswärtigen Lotterien ergangene Strafurtheil bestätigt.

[Das königl. Obergericht v. a.] hat vor einiger Zeit eine Entscheidung abgegeben, welche einen für die verschiedenen Rechtsverhältnisse über Verträge wichtigen Grundsatz einschließt. Es soll nämlich die Vorschrift (A. L. R. Thl. I, Tit. 5, § 406), wonach der die Erfüllung des Vertrages verweigende Kontrahent, nachdem in erster Instanz zu seinen Gunsten erkannt ist, von dem Vertrage wieder abgehen kann, nur alsdann Anwendung finden, wenn der erste Richter den für die Richterscheidung des Vertrages angeführten Weigerungsgrund speziell für gerechtfertigt erklärt; nicht aber, wenn er aus einem andern Grunde die Weigerung, den Vertrag zu erfüllen, für begründet erachtet hat.

§ Breslau. [Appellationsgericht.] Der Polizeikommissarius Mücke, welcher in der Sitzung des Stadtgerichts vom 24. Nov. v. J. wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt war, hat appellirt. In zweiter Instanz wurde die Sache am 29. Januar verhandelt, der Angeklagte in Folge dessen für nicht schuldig erklärt und durch richterliches Erkenntniß freigesprochen.

Breslau, 5. Februar. In der Sitzung des königl. Stadtgerichts, Kommission für Uebertretungen, vom 3. Februar wurden verurtheilt: 1) ein hies. Fleischermeister, 2) ein hiesiger Handlungs-Diener und 3) ein hies. Handelsmann, sämmtlich wegen unterlassener Meldung fremd hier angekommener und in Dienst, resp. in Lehre genommener Personen, jeder zu 1 Thlr. Geld- oder 24 Stunden Gefängnißstrafe; 4) ein hies. Schmiedegeselle wegen ungebührlichen Lärmens in einem Schankhause zu 10 Sgr. Geld- event. 24 Stunden Gefängnißstrafe; 5) ein hies. Schuhmacher und 6) ein hies. Tagelöhner, beide wegen unbefugten Schlafstellenvermietens, jeder zu 10 Sgr. Geld- event. 24 Stunden Gefängnißstrafe; 7) ein hies. Tischlergeselle wegen unterlassener Impfung seiner Tochter innerhalb des ersten Lebensjahres zu 10 Sgr. Geld- oder 24 Stunden Gefängnißstrafe; 8) ein Holzschneider aus Poppelau, Kr. Oppeln, und 9) eine unberehl. Frauensperson aus Friedland, Kr. Falkenberg, beide wegen Nichtbefolgung der ihnen erteilten Reise-Routen, jede zu 24 Stunden Gefängniß; 10) eine hiesige Tagelöhnerin wegen Anleitung ihrer 15jährigen Tochter zum Betteln zu 48 Stunden Gefängniß.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Österreichische Valuten-Verhältnisse.] Vor einigen Tagen brachte das bremser Handelsblatt folgende Notiz über den Grund der in letzter Zeit stattgehabten Verschlechterung der wiener Courfe: Bekanntlich haben die lombardisch-venetianischen Provinzen durch einen beharrlichen passiven Widerstand bis jetzt jede Circulation von Papiergeld, sei es unter dem Namen von Banknoten, Reichsschatzschneinen, Münzscheinen u. s. w. zu verhindern gewußt, und sich dadurch in der glücklichen Lage behauptet, daß nur Silber dort blieb. Der Export nach diesen Provinzen aus den übrigen österreichischen Gebieten ist nicht so bedeutend, als der Import von dort, bei welchem die rohe Seide den Hauptartikel bildet. Für alle Einfuhren mußten nun die Retouren in Silber gemacht werden, und waren die Zwanziger selten, so begnügten sich die Italiener mit den schlechten Silbersechsern, welche kaum einen effektiven Werth von $\frac{3}{4}$ Kr. Conv. Mz. haben. Es wurden dieselben mit einem Agio, welches nach Umständen zwischen 5—15 pCt. schwankte, zu diesem Zwecke aufgekauft. Auf diese Weise sind für 11—12 Mill. Gulden Silbersechser, welche für den Verkehr der Gesamtmonarchie geprägt worden waren, sämmtlich nach Italien gewandert. Die österreichische Regierung sah dieser Auswanderung ruhig mit zu, bis sie vollständig geschehen war, und kam dann im verflohenen Herbst ganz unerwartet in der gemüthlichsten Weise mit einem peremptorischen Dekrete, mit welchem die Silbersechser vom 1. Januar 1852 an für die italienischen Provinzen gänzlich außer Cours gesetzt wurden. Der 1. Januar kam, die Sache wurde Ernst, und den unglücklichen Besitzern von Silbersechsern blieb, wenn sie dieselben auf irgend eine Weise verwerthen wollten, nichts übrig als sie — die mit theurem Agio erkauften! — nach Wien zurück zu schicken. Aus diesem Grunde sind nun faktisch für circa 10 Mill. Gulden Silbersechser nach Wien gekommen, oder doch auf dem Wege dorthin. Für den kleinen Theil werden die Retouren in Export- (besonders Manufaktur-) Artikeln gemacht. Der größere Theil wird al pari gegen Banknoten umgetauscht — und da die Italiener durchaus kein Papiergeld nehmen, und eher jeden momentanen Verlust tragen — werden die Retouren in Gold, hauptsächlich aber Silberzwanzigern und fremden Münzen gemacht. — Der Bedarf in letzterem ist in Folge dieser Manövers so gestiegen, daß der gegenwärtige Zustand der wiener Börse seine natürliche Erklärung darin findet, und so lange der Umtausch obigen Quantums nicht stattgefunden hat, ist eine wesentliche Besserung nicht zu erwarten.

Die Course auf der wiener Börse 3 Monat auf London für 1 Pfd. Sterl.

	schwankten im Jahre 1847 zwischen	9 Fl. 47 Kr. und	10 Fl. 4 Kr.
1848	9	58	und 12
1849	10	85	und 12
1850	11	10	und 12

und stellten sich 1851 durchschnittlich:

	im Januar	auf	12 Fl. 28 Kr.
im Februar	12	43	
im März	12	42	
im April	12	55	
im Mai	13	5	

im Juni	auf	12	Fl.	31	R.
im Juli		12		63	
im August		11		32	
im September		11		52	
im Oktober		11		49	
im November		12		26	
im Dezember		12		40	

Berlin, 4. Februar. [Patent.] Dem Kaufmann J. H. Prillwitz zu Berlin ist unter dem 2. Februar 1852 ein Patent auf eine Nähmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist und ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Durchschnitts-Marktpreise der Cerealien und des Spiritus zu Breslau im Monat Januar 1852.

	feinste	feine	mittlere	ordin.
Weizen, weißer, pro preuß. Scheffel	72 ²² / ₂₆	70 ⁴ / ₂₆	63 ¹⁴ / ₂₆	57 ⁷ / ₂₆ Sgr.
Weizen, gelber	71 ¹ / ₂₆	69 ⁷ / ₂₆	65 ¹³ / ₂₆	59 ¹³ / ₂₆ Sgr.
Roggen	67 ³ / ₂₆	65 ⁴ / ₂₆	62 ² / ₂₆	56 ²³ / ₂₆ Sgr.
Gerste	46 ¹⁶ / ₂₆	45 ² / ₂₆	42 ³ / ₂₆	40 ¹³ / ₂₆ Sgr.
Hafer	31 ¹⁵ / ₂₆	30 ¹⁵ / ₂₆	28 ² / ₂₆	27 ¹¹ / ₂₆ Sgr.
Erbsen	61 ¹² / ₂₆	58 ¹ / ₂₆	56 ³ / ₂₆	53 ⁷ / ₂₆ Sgr.
Kleeaat, rothe, pro Centner	12 ⁴⁷ / ₁₀₀	12 ¹⁸ / ₁₀₀	13 ¹ / ₁₀₀	11 ³ / ₁₀₀ Thlr.
" " " "	12 ⁴⁷ / ₁₀₀	12 ¹⁸ / ₁₀₀	13 ¹ / ₁₀₀	11 ³ / ₁₀₀ Thlr.
Spiritus, pro Elmer zu 60 Quart bei 80° Reaumes	13 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂ Thlr.

Breslau, 5. Februar. [Produktenmarkt.] Unsere, an dieser Stelle gestern ausgesprochenen Ansichten finden in den heute eingegangenen Berichten von Berlin einen ferneren Stützpunkt, wo die Getreidebörse wesentlich flauer schloß, in Folge dessen auch in Slettin, nach vorangegangener etwas besserer Meinung, zu billigeren Preisen ausgeboten blieb.

Die anhaltend schwache Zufuhr an unserem Markt, die größtentheils in den hiesigen Konsum übergeht, verhindert es, daß unsere Notirungen den auswärtigen so schnell folgen können, als es bei besseren Zufuhren der Fall sein würde.

Zu den Preisen ließ sich heute keine wesentliche Veränderung bemerken; wir notiren Weizen, weißen 60—73 Sgr., gelben 62—72 Sgr., Roggen in den besseren Sorten, 63—65½ Sgr., Gerste 41—47½ Sgr., Hafer 28—32 Sgr., Erbsen 54—62 Sgr. pr. Scheffel; einige Dominialposten, in vorzüglicher Qualität, erreichten 1—2 Sgr. mehr.

In rothem Kleeaat war das Geschäft heute weniger belangreich, als in den letzten Tagen; ord. und Mittelsorten wurden etwas billiger erlassen, seine behaupteten sich jedoch vollkommen auf dem eingenommenen Stande. Für weiße Saat zeigte sich zu den bisherigen Preisen vermehrte Kaufkraft. — Zu notiren ist rother Kleeaat ord. a 12—14 Thlr., mittel 15—16 Thlr., feinerer 18½ Thlr.; weißer, ord. Qualität 9—14 Thlr., feinsten 15 Thlr.

Rübsel ohne Handel, loco 9½ Thlr. Br. Spiritus folgte im Preise den billigeren berliner Notirungen; loco 12 Thlr. bez. und Br., pr. April-Mai 12½ Thlr. Gld. Zink geschäftlos, 4½ Thlr. Br.

Wasserstand.

Oberpegel. Unterpegel.

Am 5. Februar: 16 Fuß 4 Zoll. 5 Fuß 3 Zoll.

Berlin, 4. Februar. Weizen ohne Geschäft. Roggen bei starkem Angebot merklich niedriger verkauft, dazu später einzeln Nehmer. Hafer pr. Frühjahr billiger begeben. Rübsel zu gewöhnlichen Preisen ziemlichem Umsatz. Spiritus loco ohne Aenderung, Termine zu rasch weichen. Den Preisen mehreres gehandelt. Gerste gr. 40—42, fl. 38—39, Hafer loco 27—28, pr. Frühjahr 48pfd. 27 Thlr. Br., 50pfd. 27½ Thlr., verk. Erbsen 50—54 Thlr. Rapssaat, Winter-Raps 69—71, Winter-Rapsen 68—66 Thlr., Sommer-Rapsen 54—52 Thlr. Rübsel loco pr. Febr. 9½ u. 1¼ verk., 9½ Br., 9½ Gd., Febr.-März 9½ Br., 9½ Gd., Spiritus loco ohne Faß 26½ verk. u. Br., mit Faß pr. Febr. 26½ u. ¾ verk., 26½ Br., 26 Gd., Februar-März 26½ a 26 verk., 26½ a ¼ Br., 26 Gd., März-April 27 verk., 27 a 26½ Br., 26½ Gd., April-Mai 28 a 27 verk., 27½ a ¼ Br., 27 a ¼ Gd.

Stettin, 4. Februar. Weizen. Ein kleiner Posten schöner weißer kasavischer, per Eisenbahn zugeführt, ist gestern zu 68 Thlr. verkauft; 50 Ws. pomm. 89pfd. effektiv per Frühjahr 68 Thlr. bez. Roggen antritt, 82pfd. per Februar 58½ Thlr. Geld, per Frühjahr 60—61 Thlr. bezahlt, 61 Thlr. Brief und Geld, per Juni-Juli 62½ Thlr. bez. Gerste per Frühjahr zu 41½ Thlr. offerirt. Hafer, 50pfd. per Frühjahr 27 Thlr. bez. und Br. Rübsel flau, loco 9½ Thlr. Br., per Februar 9½ Thlr. bez., per März-April 9½ Thlr. Br. Spiritus fester, am Landmarkt ohne Faß 13½ pSt. bez., loco ohne Faß 13½ pSt. bez., per Februar-März 13½ pSt. Gd., per Frühjahr 12½, 12½ pSt. bezahlt, Brief und Geld, per Juni-Juli 12 pSt. Gd., 11½ pSt. Br., 11½ pSt. bez.

London, 2. Febr. [Wolle.] Trotz aller Gerüchte, daß es in Australien (wegen der Goldwuth) nicht möglich sei, die Schaffwolle vorzunehmen, die Wolle zu verpacken und zu verladen, war das Geschäft im Laufe der vorigen Woche doch flau, und auch die Nachfrage aus Frankreich war weniger lebhaft. Nur dem geringen Vorrath ist es beizumessen, daß sich die Preise behaupteten, aber so lange die Nachfrage nicht lebhafter ist, wird auch von anderen Käufern, als eben nur die Konsumtion zu decken, die Rede sein können. Im Laufe der ganzen Woche wurden nicht mehr als 229 Ballen vom Cap und 20 von Rotterdam nach London eingeführt.

Mannigfaltiges.

Der „Zeus“ des Professors Stieffell in Karlsruhe vermittelte für den Monat Februar folgende Witterung: Anfangs noch gelind, trüb, abwechselnd Regen bis 5; dann Schnee und kälter am 6., 7.; einige Gistage und hell oder neblig, Duff, Reif vom 7. bis 10.; wieder Schnee oder Regen am 11., 12.; kalt und hell vom 13. bis 15.; stürmisch und gelind mit Regen vom 16. bis 19.; heller, Duff, Reif, Eis am 19. bis 21.; trüb, gelind, windig mit Regen oder Schnee vom 22. bis 24.; Aufseiterung und mild vom 24. bis 27.; zuletzt fähler mit Regen oder Schnee. — Im Allgemeinen trocken, oder die Regen- und Schneetage, etwa 14, geben eine mäßige Wassermenge, gelind und Schnee mit mäßigen Kälteperioden bis etwa 6 Grad, eher herrschen nord-östliche als süd-westliche Winde, das Barometer ist durchschnittlich eher im Mittel oder tiefer als zu hoch. Die gelinden Tage fallen in den Anfang mit Regen, worauf Schnee und Kälte, und in die letzten Tage mit Frühlings-Temperatur, die kalten und hellen vor und nach der Mitte, diese selbst ist abwechselnd.

— 2 In Schlesien hört man oft den Ausdruck „Schlagfittgen“. Einen beim Schlagfittgen kriegen. Woher stammt dieses Wort? — Es ist das verballhornte „Schlagfittig“. Kriegt man einen Vogel beim Schlagfittig (dem starken Flügel), so hat man ihn fest.

— 1 Da dürfte es wohl gleich für Viele interessant sein, zu hören, woher der Ausdruck „verballhorn“ komme. In Lübeck lebte Anfangs des 16ten Jahrhunderts ein Buchdrucker Johann Ballhorn. Dieser druckte eine neue Kinderfibel. Bei dem großen Hahn auf der letzten Seite ließ der dadurch unsterblich gewordene Verbeßerter Ballhorn die Sporen weg und stellte dem Hahn dafür einen Korb mit Eiern zur Seite. Hocherfreut über diesen geistreichen Einfall druckte er auf die Fibel: „Verbeßert durch Johann Ballhorn.“ Man denke sich Ballhorn jetzt lebend und als Deputirten in irgend einer deutschen Kammer! Welche

Amendments würde der Mann vorbringen, über die der Kladderadatsch seine Freude hätte! — — Muß denn dazu einer grade Ballhorn heißen? — — (Bescheidene Querfrage eines vorlauten Segelehrhings.)

— 2 Mächtiger noch als die Griechen schildern die indischen Sagen die Gewalt der Musik und des Gesanges. Amphion und Orpheus bezähmten wilde Thiere, dies waren wahrscheinlich nur die Lions des Alterthums, die damals, wie ihre jetzigen Epigonen, jeder Sängerin zu Füßen lagen, jedem Tenoristen huldigten. Ferner zauberten Amphion und Orpheus Wälder hinter sich her. Auch das ist nur als eine große Metapher zu nehmen: werden nicht jetzt auch noch Wälder von Lorbeerkränzen, Gärten von Blumen, Sängern auf die Bühne geworfen? — Seine Griechen setzten auch noch Felsen in Bewegung; da sind unsere jetzigen Sängere klüger, diese ziehen kleine Steine an sich, von denen aber ein einziger mitunter mehr werth ist, als ein ganzer Felsenhaufen. Amphion und Orpheus entzückten auch die Verdammten in der Unterwelt. Das können unsere Sängere nicht mehr. Diese machen im Gegentheil den Direktoren die Hölle heiß. Der indische Dichter Mia Tonsine sang einstmals am hellsten Mittage die dicke Nacht herbei. Das war ein geborener Hopsod! Ein anderer indischer Dichter Rait Gopaul weigerte sich vor dem König Akber zu singen, weil er die Gewalt seines Gesanges fürchtete. Als der König ihn jedoch zwang, stellte sich Gopaul mitten im Winter in den Fluß Jumra und schmetterte los. Da erhob sich das Element des Feuers und drang an den Dichter heran. Dieser bat, ausbrennen zu dürfen. Akber befahl, daß er fortginge. Das Feuer kam immer näher, erfaßte den Dichter und verzehrte ihn. — Welch tiefer Sinn liegt in dieser indischen Mythel! Ein Dichter, der singen muß, wird von seinem eigenen Feuer verzehrt! — Da war Herwegh klüger. Als das Feuer, welches er durch seine Pieder heraufbeschwören hatte, ihm auf den Leib rückte — — lies er davon.

(Der Salon E. Bonapartes.) In einer Beschreibung des von dem Prinz Präsidenten kürzlich gegebenen Ballfestes heißt es: In blendendem Diamantenschmucke funkelte wie immer Prinzessin Mathilde, und neben ihr die Fürstin Sturza, Frau des Erbsopodars der Walachei. Die Prinzessin Mathilde Demidow strahlte über alle durch Schönheit und Reichthum der Toilette hervor. Sie trug ein Diadem in Brillanten, in dessen Mitte sich ein aus denselben Edelsteinen gefaßter Adler befand, eine doppelte Reihe von Brillanten mit einem kostbaren Solitär um den Hals, und einen in Blättern gefaßten Brillantenschmuck auf dem Saume des Kleides. Ihre lebhaft und geistreiche Unterhaltung machte sie nächst dem Prinzen zum Mittelpunkt des Festes. Keiner guten Bonapartistin fehlte das Beilichenbouquet, oft von kolossalen Dimensionen. An einigen Hoben bemerkte man auch schon den ersten imperialistischen Anflug. Die Mehrzahl der Damen, namentlich der ältern, huldigt noch dem Geschmack unter Ludwig XV., bei den jüngeren sind die einfachen, leichten weißen Mouffelines, aber reich bordirt, en vogue, eine dritte Kategorie beginnt aber schon etwas von dem Schritte der Kaiserzeit sich anzueignen; die Taillen verkürzen sich (dauert das jetzige Regiment, so rücken sie sicherlich bis unter die Achseln), der Saum des Kleides fängt ebenfalls an hinaufzurücken und an der Stelle, die er unbedeckt gelassen, erblickte man bei einigen Tänzerinnen die Ausläufer des untern Bloomerkostüms, bauschige Pantalons, um den Knöchel befestigt, denen sich bei einer oder der andern ein weiß atlanteses Halbhielchen angeschlossen. Eine Dame der Haute Finance, deren Mann bei den letzten Eisenbahndekreten sehr gut bedacht ist, bezugte ihre Dankbarkeit dadurch, daß sie die bis zur Schulter entblößten Arme der Stügerinnen (merveilleuses) der Kaiserzeit riskirte. Das fiel aber doch noch etwas auf. Der prinzipale Festgeber scheint befürchtet zu haben, daß viele der Eingeladenen wegen seiner Konstitutionsdekrete nicht kommen würden, weshalb nur ein Theil der Säle geöffnet war; er fand sich aber angenehm getäuscht. Die Schmolleenden schließen allenfalls ihre Salons, bleiben aber nicht sämmtlich von den Ballen des Präsidenten fort.

(Stockholm.) Am vorigen Sonnabend (24. Januar), kurz nach 12 Uhr Mittags, wurde die Hauptstadt durch einen furchtbaren Knall erschüttert. Derselbe rührte daher, daß das am Meeresstrande von Loudden, in der Nähe von Eidingbro, belegene Pulvermagazin Nr. 3 in die Luft geflogen war. Durch diese Explosion wurden hier mehrere Tausend Fenster zertrümmert (mehrere Hundert allein im k. Schlosse und in den Hofstallgebäuden) zertrümmert, Thüren flogen auf u. s. w. Das Pulvermagazin selbst, welches 2804 Cmr. Pulver enthielt, ist völlig in einen Schutthaufen verwandelt. Der Verlust, den der Staat dabei erleidet, wird auf 115,000 Thlr. Bco. geschätzt. Unter den Trümmern sind bis jetzt 2 Leichen gefunden worden. Die polizeiliche Untersuchung über die Ursache dieses Unglücksfalles ist eingeleitet. (Börse.)

Monats-Uebersicht der städtischen Bank pro Monat Januar 1852,

[151] gemäß § 25 des Bank-Statuts vom 10. Juni 1848.

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Aktiva.			
1. Geprägtes Geld	389,969	1	—
2. Rgl. Banknoten, Kassen-Anweisungen und Darlehnscheine	121,169	—	—
3. Wechselbestände	436,465	26	9
4. Ausgeliehene Kapitalien gegen Verpfändung von Cours habenden inländischen Effekten und gegen Verpfändung von Waaren im Nominal- und Taxwerthe von 530,391 Thlr.	332,899	—	—
5. In Effekten nach dem Nennwerthe 670,225 Thlr., nach dem Courswerthe	665,605	15	—
Passiva.			
1. Banknoten im Umlauf	800,000	—	—
2. Guthaben der Theilnehmer am Giroverkehr	74,786	26	6
3. Depositen-Kapitalien	70,086	15	8
4. Das Stammkapital mit	1,000,000	—	—
welches die Stadt-Gemeinde der Bank in Gemäßheit der §§ 1 und 10 des Bank-Statuts überwiesen hat.			

Breslau, den 31. Januar 1852.

Die städtische Bank-Deputation.

[648] Vorlesungen.

Heute, Freitag d. 6. Febr., Abends 7½ bis 8½ Uhr, im Saale des Café restaurant: Hr. Görner (in Vertretung des noch kranken Dr. Elsner) über „die Bildung der Erde.“ Einlaßkarten a 5 Sgr. für einzelne Vorlesungen können beim Eintritt in den Saal gelöst werden. Stein.

[639] Bekanntmachung.

Die Generalversammlung der Mitglieder der Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt wird

den 1. März d. J.

im Gasthose zum Schlehendorn hierselbst abgehalten werden. Indem wir dies Statut gemäß veröffentlichen und zu zahlreicher Theilnahme die Mitglieder einladen, bemerken wir, daß, außer der Vorlage der Schlussrechnung von 1851 und der nach § 82 vorzunehmenden Wahl, noch das nach dem Beschluß der vorjährigen Generalversammlung vom Direktorio im Zusammenritt mit dem Curatorio neu redigirte Statut auf Anordnung der höchsten Behörden berathen und durch Beschlußnahme festgestellt werden soll.

Erfurt, den 28. Januar 1852.

Das Direktorium

der Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft das: Steuber. C. Schmalfuß.

Verichtigung. In der gestrigen Zeitung soll bei der mit Nr. 617 bezeichneten Entbindungs-Anzeige die Unterschrift heißen: Edwin Sturm, königlicher Post-Sekretär — statt Postdirektor.

Als Verlobte empfehlen sich: [1223]
Charlotte Levi aus Woungrowice,
Adolph Wolmann aus Borel.

[1219] **Entbindungs-Anzeige.**
Allen Freunden und Bekannten unter herzlichsten Grüßen die ergebene Anzeige, daß heute meine Frau, geb. Agnes Spangenberg, von einem munteren Knaben glücklich entbunden worden ist.

Magdeburg, den 31. Januar 1852.
J. Wille, Beamter der Magdeburger
Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

[634] **Entbindungs-Anzeige.**
Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geb. Pagner, von einem gesunden Mädchen, zeige ich hiermit ergebenst an.
Oppeln, den 4. Februar 1852.

W. Conrad, fgl. Post-Sekretär.

[1213] **Entbindungs-Anzeige.**
Statt jeder besonderen Meldung, Verwandten und Freunden die Nachricht, daß meine liebe Frau Anna, geb. Suraze, heute von einer Tochter glücklich entbunden wurde.
Oppeln, den 4. Februar 1852.

S. Pringsheim.

[632] **Todes-Anzeige.**
Den heute erfolgten Tod unseres geliebten Sohns Herrn Hermann, im Alter von sieben Wochen, zeigen wir tief betrübt Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, ganz ergebenst an.
Eisenberg, den 3. Februar 1852.

H. Sofoppy und Frau.

[1224] **Todes-Anzeige.**
(Statt jeder besonderen Meldung.)
Den nach ärztlichem Krankheitslager am 4. Februar 11½ Abends am Nervenschlage erfolgten Tod ihres theuern Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Premier-Lieutenants a. D. und Stadt-Altesten Johann Warneke, zeigen tief betrübt hiermit ergebenst an:
die Hinterbliebenen.

Breslau, den 5. Februar 1852.

Die Beerdigung findet den 7. Februar um 3 Uhr auf dem Militär-Kirchhofe statt.

Theater-Repertoire.

Freitag, den 6. Februar. 31te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.
„Gustav oder der Maskenball.“ Große Oper mit Tanz in fünf Akten. Musik von Auber.
Sonabend, den 7. Februar: Keine Vorstellung!

Im alten Theater

Nr. John William Robsons

Niesen-Bild

[574]

über 1000 Fuß lang. Darstellend:
die Reise nach London zur
Industrie-Ausstellung.
Vorstellungen täglich, Abends von 7 Uhr.
Eröffnung der Kasse 6 Uhr.
Billets sind bei Herren Bole u. Bock, Schweidnitzerstraße Nr. 8, bis Abends 6 Uhr zu haben.

Breslauer Krieger-Verein.

Nr. 727. R. Ferd. Lud. Warneke,
fgl. Pr.-Lieut. a. D. (i. 6. Art.R.), Ritter fgl. Hohenz. 3. R. Adler 3. m. Schl., KDM. 13. 14. — Hauptmann und Kommandeur 11. Komp. des Vereins. 56 Jahr alt, wird Sonnabend d. 7. Febr. Nachm. 3 Uhr auf dem Garnison-Kirchhof beerdigt.
Trauerhaus: Obliauerstr. 38. [1230]

Sonntag, den 8. Februar

2. Quartett-Matinée

im Saale des Königs von Ungarn, Mittags 11 Uhr.
Entree-Billets, à 20 Sgr., sind in allen Musikhandlungen zu haben. An der Kasse Entree 1 Rtl.

A. Blecha,

Musikdirektor am Theater.

[636] Am 26. d. M. habe ich das hiesige Ortsgericht im aufgeregten Zustande durch heftige Aussetzungen beleidigt. Es thut mir dies heut, da ich nach ruhiger Ueberlegung erkenne, wie unrecht ich gehandelt, herzlich leid; und ich halte mich verpflichtet, nebst der mir auferlegten Strafe von fünf Thalern, (für hiesige Arme) dies durch die Breslauer Zeitung und das Ohlauer Kreisblatt zu veröffentlichen, da Personen aus beiden Kreisen die von mir ausgesprochenen Beleidigungen mit angehört haben.
Jerasslawitz, den 27. Januar 1852.

[1213] Schirdwahn, Gastwirth.

Mein Preis-Verzeichniß für 1852

über Oekonomie-, Forst- und Garten-Samereien, welches zur größern Bequemlichkeit der resp. Interessenten bereits in Nr. 25 der Breslauer Zeitung vom 25. Januar inserirt war, ergiebt, daß bei einigen Gattungen in Folge der ungünstigen Ernte eine Preis-Erhöhung eintreten mußte, dagegen konnten aber auch sehr viele Artikel im Preise ermäßigt werden. Den Anforderungen der Zeit zu genügen, war ich bemüht, durch Anschaffung neuer und nützlicher Artikel meinen Katalog um Vieles zu vermehren; auch gestattete mir die Vergrößerung meines Etablissements und dessen günstige Lage für Samenbau, demselben mehr Ausdehnung zu geben, um sowohl der Konkurrenz begegnen, als auch eine größere Garantie für die Echtheit und Güte der Samereien bieten zu können.

Auf Grund dieser Vortheile empfehle ich diesen Katalog gütiger Beachtung und bitte, bei Ertheilung geneigter Aufträge meine seit 15 Jahren bestehende Firma: Julius Monhaupt gefälligst zu beachten. [635]

Julius Monhaupt, Breslau, Albrechtsstraße Nr. 8.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verlaufe des hier Nr. 53 Schubbrücke und Nr. 36 Messergasse belegenen, auf 9985 Rthlr. 24 Sgr. 2 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 6. April 1852,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Partienzimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden:

1) der Destillateur Gottfr. Wihl. Bormann;
2) der Partikular Joh. Benj. Bauer;
3) die Wittve Dammmer, Charlotte Wihl-

mine, geb. Feiser, hiedurch vorgeladen.

Breslau, den 6. Sept. 1851.

[19] Königl. Stadt-Gericht. Abth. 1.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Sonnenstraße (sonst letzte Gasse) Nr. 6 belegenen, auf 1388 Rthlr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 8. März 1852,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Partien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird der Kaufmann Ferdinand Mücke hiedurch vorgeladen.

Breslau, den 14. Nov. 1851.

[32] Königl. Stadt-Gericht. Abth. 1.

Bekanntmachung.

Höherer Anordnung zufolge sollen die, Behufs des in diesem Jahre erfolgenden Umbaus des Stadthauptwachgebäudes in Glas erforderlichen Baumaterialien und Arbeiten im Wege der Submission an den Mindestfordernden in Verding gegeben werden, wozu öffentliche Termine und zwar:

wegen der Lieferung von ca. 130,000 Mauerziegeln, auf Montag den 16. Febr. d. J. Vormittags 10 Uhr,

wegen der Lieferung incl. Anfuhr von circa 65 Schachteln Mauerband, auf Dienstag den 17. Febr. d. J., Vorm. 10 Uhr,

wegen der Uebernahme der Zimmerarbeiten und Lieferung des dazu nöthigen Holzmaterials, auf Mittwoch den 18. Febr. d. J. Vormittags 10 Uhr,

wegen der Tischlerarbeiten, auf Donnerstag den 19. Febr. d. J. Vorm. 10 Uhr,

wegen der Schlosserarbeiten, auf Freitag den 20. Febr. d. J. Vorm. 10 Uhr,

wegen der Schmelzarbeiten, auf Sonnabend den 21. Febr. d. J. Vorm. 10 Uhr,

und wegen der Putzarbeiten, auf Montag den 23. Febr. d. J. Vorm. 10 Uhr,

in dem Bureau der unterzeichneten Garnison-Verwaltung — Schwedeldorferstraße Nr. 187 — hiedurch anberaumt werden.

Die Submissionen-Gingaben, welche schriftlich und spätestens vor dem Beginn des Termins in dem gebachten Bureau eingehen müssen, sind zu versiegeln und mit der Aufschrift: „Submission auf Mauerziegeln, Mauerband, Zimmerarbeit u. s. w.“ entsprechend zu versehen.

Die Bedingungen können während der Amtsstunden in unserm Bureau vorher eingesehen werden.

Glas, den 31. Januar 1852.

Königliche Garnison-Verwaltung.
Neumann. Standte.

Subhastations-Patent.

Die dem Lieutenant a. D. Heinrich Ludwig Wilhelm Emil v. Kaempff und der Anna, geschiedenen v. Kaempff, geb. Kolbe, gehörigen Ruxe an nachbenannten Gruben werden und zwar:

a) 1²⁵/₃₆ Rur der auf Radzionkauer Terrain belegenen Galmegrube Walterslegen sub Nr. 109 des Berggegenbuchs,

b) 6¹/₇₂ Rur der ebendasselbst belegenen Galmegrube Kessel sub Nr. 135 des Berggegenbuchs, und

c) 6¹/₇₂ Rur der auf Rudy-Pickarer Grunde belegenen Galmegrube Trockenberg, sub Nr. 85 des Berggegenbuchs

am 25. März 1852,

von Vorm. 11 Uhr ab,

d) 6¹/₇₂ Rur der auf Deutsch-Pickarer Grunde belegenen Galmegrube Schorls, sub Nr. 84 und

e) 6¹/₇₂ Rur der Galmegrube Schoris auf Rudy-Pickarer Grunde, sub Nr. 83 des Berggegenbuchs

am 27. März 1852,

von Vormittag 11½ Uhr ab,

f) 1¹/₃₆ Rur der Steinkohlengrube Morgenroth auf Myslowitzer Terrain, sub Nr. 136 und

g) 1²⁵/₃₆ Rur der Steinkohlengrube Auguste, ebenfalls auf Myslowitzer Territorio, sub Nr. 193 des Berggegenbuchs,

am 26. März 1852,

von Vorm. 11 Uhr ab,

h) 6¹/₇₂ Rur der Steinkohlengrube König Saul auf Chropaczower Territorio sub Nr. 132 und

i) 1²⁵/₃₆ Rur der Steinkohlengrube Edwin auf Schoppitzer Territorio, sub Nr. 240 des Berggegenbuchs,

am 29. März 1852,

von Vorm. 11 Uhr ab,

in unserem Partienzimmer Nr. 11. nothwendig subhastirt werden.

Die bergamtlichen Beschreibungen und die neuesten Hypothekenscheine obiger Gruben sind bei unserm Botenmeister einzusehen.

Zu den Terminen werden die Erben des Majorats Herrn Alexander v. Mieroszewski und die Interessenten des Majorats Myslowitz hiedurch vorgeladen.

Beuthen O/S., den 21. November 1851.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheil.

Faschinen-Lieferung

zur Oder-Regulirung.

Die Anlieferung der zur Regulirung des Ueberstromes zwischen Ohlau und Breslau im Laufe dieses Jahres erforderlichen Maschinen soll in einzelnen Partien öffentlich an den Mindestfordernden vergeben werden, wozu folgende Exitations-Termine angelegt sind:

1. zur Lieferung von pptr. 2500 Schock Faschinen zwischen Ohlau und Ratibitz auf

Dienstag, den 10. Februar d. J., Vormittags um 9 Uhr, im Gasthofe zum

deutschen Hause in Ohlau, und

2. zur Lieferung von pptr. 3000 Schock Faschinen zwischen Ratibitz und Breslau auf

Mittwoch, den 11. Februar d. J., Nachmittags um 2 Uhr in der Wohnung des

Untersignierten, neue Taschenstr. Nr. 7 zu Breslau.

Hierzu werden Unternehmungslustige mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Bedingungen in den Terminen bekannt gemacht werden.

Breslau, den 28. Januar 1852.

Der Wasserbau-Inspktor Martins.

Ein noch ganz gutes

Billard

nebst allem Zubehör ist billig zu verkaufen Herren-Straße Nr. 20.

Advertisment.

Gegen gleich baare Bezahlung werden in dem hiesigen Gerichtshofe am 5. März d. J. Vormittags um 10 Uhr vor dem Bureau-Assistenten Kitzel 13 Centner 46 Pfund mittelfeine einschräge Wolle des Domini Droszew öffentlich verkauft werden.

Pleschen, den 9. Januar 1852.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung für Civil-Prozesssachen.

Auktion.

Sonnabend den 7. Febr., Vorm. 10 Uhr und Nachm. 2 Uhr, sollen Schmeldebrücke Nr. 21 Weine in Flaschen, die letzten Bestände aus einem aufgelösten Weingehaft, und eine Partie russischer Karabanen-Ther meistbietend versteigert werden.

Auktions-Kommissarius.

Verkaufs-Anzeige.

Ein bei Breslau gelegenes Rittergut von 1300 Morgen Acker, Boden erster Klasse, mit vollständigem todten und lebenden Inventarium, Alles im besten Zustande, beabsichtigt der Besitzer wegen Veränderung seines Domizils unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Reelle und ernste Käufer erfahren das Nähere von

Saul, Auktions-Kommissarius, am Ringe, im alten Rathhause.

Von 1851

Eigene Erndte
Samen der neuen
Rüben-Futter-
Runkelrübe, die auf den
preuß. Mor- gen eine
Erndte von
3 100 Ctr.
Garantie
Breslau, Friedrich Gustav Pohl.

Eigene Erndte
Samen der höchst
zuckerreichsten
Zucker-
Rübe, (Bettelave blanche)
de Silesie, mit Garantie
Breslau, Friedrich Gustav Pohl.

Nova Scotia, Nierenkartoffeln, pro Pfd. 3 Sgr., das Kraut nur 8 Zoll hoch, ausgezeichnet zum Treiben.

Garten-, Gemüse- und Blumen-Samen, für die Mistbeete und das freie Land.

Oekonomische Futter-Gräser empfiehlt in ihrer bekannten Güte:

Friedrich Gustav Pohl,

Breslau, Schmiedebrücke Nr. 12.

Pensions-Offerte.

Mit Oftern d. J. können einige Knaben als Pensionäre in meiner Anstalt Aufnahme finden. Eltern, welche für ihre Söhne die Vorbereitung für Tertia oder zur Aufnahme in das Kadetten-Korps wünschen, können jederzeit die Statuten zur Einsicht erhalten.

Ohlau, den 4. Februar 1852.

Dr. Richter.

[1233] Für Cigarren-Fabrikanten sind sehr schöne pfälzer und märter Deckblätter preiswürdig zu verkaufen: Kupferschmiedebrücke Nr. 44 im Einhorn, erste Etage.

[1214] Leinwandfram, (Topfmarkt) Nr. 14 bei Standte ist jemand bereit, Synasassen der unteren Klassen, so wie Elementarschülern Privatunterricht zu geben.

